Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948
1948

8 (30.1.1948)

Visual Library

BADENER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 8 | A, B 1, B 2, C | FREITAG, 30 JANUAR 1948 | B.-B. O. W. L.E. | PREIS 20 PFENNIG

Neues Programm in Frankfurt

Die anglo-amerikanische Proklamation in der Frankfurter Ministerpräsidentenkonferenz

FRANKFURT — In dem Entwurf der anglo-amerikanischen Proklamation zur Umbildung und Erweiterung des Zweizonen-Wirtschaftsrates, die der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Koehler, der hier tagenden Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder der Bizone bekannt gab, werden dem Rat eine Reihe von neuen Vollmachten übertragen.

Der Wirtschaftsrat soll danach mit Genehmigung des Bipartite Board-Gesetze auf folgenden Gebieten erlassen können: Verkehr und Patentwesen, Urheberrechte und Warenzeichen, Post- und Fernmeldewesen außer Rundfunk, Zölle und Steuern, soweit sie dem Wirtschaftsrat unterstehen, bizonales Personalwesen, auch die Produktion, Zuteilung, Verteilung und Lagerung von Gütern und Rohstoffen sowie die Energiewirtschaft, Binnen- und Außenhandel, Preiswesen, Einfuhr, Erfassung, Zuteilung und Verteilung von Lebensmitteln, Arbeitsmarkt, Löhne und Lohnkontrolle gehören in das Zuständigkeitsgebiet der Wirtschaftsverwaltung. Sie soll für sich und die anderen Zweizonenverwaltung jährlich Budgets aufstellen. Ihre Ausgaben sollen durch Zölle und Verbrauchssteuern, aus Einnahmen des Post- und Verkehrswesens, sowie öffentlichen Körperschaften, die der bizonalen Kontrolle unterstehen, gedeckt werden. Zur Deckung seiner Ausgaben soll der Wirtschaftsrat ermächtigt werden, Teile von Einnahmen der Länder aus Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuern in Anspruch zu nehmen.

Der Wirtschaftsrat ernennt mit Bestätigung des Länderrats den Vorsitzenden des Verwaltungsrates und bestätigt seinerseits die übrigen Direktoren, legt weiter mit Genehmigung des Bipartite Board die Aufgaben der Mitglieder des Verwaltungsrates sowie deren Verhältnis zum Wirtschafts- und Länderrat fest.

Der Länderrat setzt sich aus je zwei Vertretern jedes Landes zusammen, von denen einer der jeweilige Ministerpräsident sein kann. Der Länderrat kann die Gesetzinitiative ergreifen, jedoch nicht bei Steuerangelegenheiten und Bewilligung von Mitteln, soweit es sich um Angelegenheiten im Kompetenzbereich des Wirtschaftsrates handelt. Er kann weiter sein Veto gegen Beschlüsse des Wirtschaftsrates einlegen, das Veto des Länderrats kann durch Mehrheitsbeschluß des Wirtschaftsrats überstimmt werden.

Der Verwaltungsrat, setzt sich aus den Direktoren der Verwaltung und einem Vorsitzenden Zusammen, der vom Wirtschaftsrat gewählt wird und die übrigen Direktoren ernennt. Der Vorsitzende oder ein Direktor kann nur durch ein Mißtrauensvotum des Wirtschaftsrates aus seinem Amt entfernt werden, wenn die Bestätigung des Länderrates und zugleich der anglo-amerikanische Behörden vorliegt. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats kann die Gesetzesinitiative ergreifen und, wie die anderen Direktoren, die für die Durchführung der Gesetze und Anordnungen des Wirtschaftsrates verantwortlich sind. Ausführungsbestimmungen erlassen.

Der Wirtschaftsrat soll ein Personalamt, ein statistisches Amt und eine Rechtsabteilung einrichten. Ihre Leiter wie auch der Generalstaatsanwalt des obersten Gerichtshofes sind dem „Oberdirektor" verantwortlich.

Die Proklamation macht den Ländern die Ausführung der Gesetze und Anordnungen des Wirtschaftsrates zur Pflicht. Binnen 15 Tagen nach Inkrafttreten der Proklamation soll der Wirtschaftsrat neu gew[illegible] der Länderrat ernannt und beide ihre Funkt[illegible] übernommen haben. Bis dahin bleiben die [illegible]wärtigen Regelungen in Kraft.

Zu dem [illegible]-amerikanischen Entwurf einer Charta für [illegible]zone sind deutsche Abänderungsvorschläge [illegible]egt worden.

Im ganze[illegible] den drei Erklärungen abgegeben, und zwar [illegible] des Wirtschaftsrates durch seinen Präsidenten, [illegible] Erich Koehler, eine zweite von den sozialde[illegible]ratischen Ministerpräsidenten, vorgetragen du[illegible] den Bremer Senatspräsidenten Wilhelm Kaiser [illegible]d eine dritte von Seiten der christlich-demok[illegible]hen Ministerpräsidenten, die der bayrische [illegible]terpräsident Dr. Hans Ehard vorlegte. Der [illegible]tsächliche Unterschied zwischen den einzelnen [illegible]ungen lag in der Frage einer stärkeren F[illegible] oder Zentralisierung.

Zu den [illegible]achten deutschen Gegenvorschlägen ist von englisch-amerikanischer Seite noch keine Stellungnahme erfolgt.

LONDON — Das britische Kabinett faßt vermutlich noch vor der für Mitte Februar vorgesehenen französisch-englisch-amerikanischen Deutschlandkonferenz einen Beschluß über die Reorganisationsmaßnahmen für die Doppelzone. In gut unterrichteten Kreisen erwartet man allgemein, daß die deutschen Vertreter den ihnen vorgelegten Plan in großen Zügen gutheißen werden.

Frankreich gegen Reform des Wirtschaftsrats

PARIS — Die französische Regierung überreichte vor einigen Tagen der britischen und amerikanischen Regierung ein Memorandum mit der Stellungnahme Frankreichs zu den Frankfurter Beschlüssen.

Das Memorandum beginnt mit der Feststellung, daß die Gründe, die die Angloamerikaner veranlaßten, eine bessere wirtschaftliche Organisation der Bizone zu suchen, von französischer Seite vollkommen verstanden wurden. Die französische Regierung stellt jedoch fest, daß die in Frankfurt vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur die Verantwortlichkeit und die Vollmachten der deutschen Dienststellen vergrößern, sondern auch eine Zentralisierung zugunsten derjenigen deutschen Behörden hervorrufen, die nicht direkt den Ländern unterstellt sind. In Moskau ,habe man sich geeinigt, eine Reihe von Aufgaben den Ländern zu reservieren.

Die Reform vom 7. Januar wurde vorgeschlagen, weil das im Juni 1947 für die Bizonen vorgesehene System nicht befriedigend funktionierte. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß, wenn dieses System nicht ausreichend funktioniert hat, der Grund darin zu suchen ist, daß es sich um ein zentralisierendes System handelt, welches auf ein föderalistisches Regime angewandt wurde. Sie meint, daß man nur durch die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zur Lösung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelangen wird, und nicht dadurch, daß man den Ländern einen Regierungsapparat aufdrängt, der ihnen fremd ist. Es gab also schon zu Beginn einen Widerspruch zwischen dem deutschen föderalistischen Regime und dem im Vorjahr gebildeten Apparat, da die Organismen, die tatsächlich die Gewalt in Händen hatten, der Wirtschaftsrat, der die politischen Parteien vertritt und damit eine Vorstufe des Reichstags ist, und die Direktoren, hohe Beamte, deren Tendenzen nur auf eine Wiederherstellung der deutschen Bürokratie gerichtet sein konnten.

Man hat den Widerspruch noch verstärkt, indem man den Zentralapparat weiter ausbaute. Die Anzahl der Mitglieder des Wirtschaftsrats wurde verdoppelt, eine „Erste Kammer" wurde geschaffen, die praktisch keine Vollmachten besitzt, und an die Spitze dieses Gebäudes hat man einen Organismus gesetzt, der sich aus Politikern zusammensetzt, die keine Bindung zu den Ländern haben und denen Beamte zur Unterstützung zugeteilt sind, die unabhängig von den Ländern sind. Die Frankfurter Reform führt zur Schaffung einer regelrechten deutschen Zentralregierung, die nicht von den Ländern ausgeht und die sich wie in den Weimarer Zeiten auf zwei Pfeiler, den Reichstag und die Beamtenherrschaft, stützen wird.

Die französische Regierung hat nicht den Eindruck, daß das Frankfurter System eine Lösung der gegenwärtigen Krise erlaubt. Wenn man auf die Grundlagen des Föderalismus zurückgeht und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern organisiert, indem man den Vertretern der Länder gestattet, unter sich ihre Probleme zu lösen, wird man die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten lösen und die Zukunft vorbereiten. Man wird gemeinsame Dienststellen schaffen können, wenn diese gerechtfertigt sind und wird für später die Schaffung einer Bundesregierung ins Auge fassen können.

In den Kreisen, aus denen diese Angaben über das französische Memorandum stammen, legt man besonderen Wert auf das Positive der Stellungnahme. „Ein Plan, der die Schwierigkeiten durch Zwang der Länder zu lösen sucht, enthält einen Irrtum. Entweder handelt es sich nur um einen halben Zwang und erreicht damit nichts, oder man wird ein Regime in der Art Adolf Hitlers vorbereiten."

Warum tritt Minister Schill zurück?

Die Historie einer Demission

FREIBURG — Am 26. Januar vormittags wurde Landwirtschaftsminister Schill im Freiburger Colombischlößchen von Staatspräsident Wohleb empfangen. Er übergab bei diesem Besuch dem Staatspräsident sein Demissionsgesuch.

Im weiteren Verlauf des Tages hielt es Minister Schill offenbar für zweckmäßig, die Presse über die Gründe seiner Demission zu informieren. Die Nachrichtenagentur Südena veröffentlichte Minister Schills Rücktrittsgesuch, das u. a. folgende Begründung enthält:

„Ich habe mich während meiner Amtszeit nach besten Kräften und mit dem heute überhaupt möglichen Erfolg bemüht, im Einvernehmen mit der Militärregierung die Versorgung des Volkes mit den nötigsten Lebensmitteln zu sichern. Wenn ich hierbei einerseits von der Landwirtschaft schwere Opfer verlangen mußte, so glaube ich andererseits von Landesregierung und Landtag auch volles Verständnis für die Forderungen erwarten zu dürfen, welche die Landwirtschaft in Gegenwart und Zukunft mit Recht stellt und die durch den badischen landwirtschaftlichen Hauptverband vertreten werden. Mit aufrichtigem Bedauern muß ich heute feststellen, daß ich in dieser Erwartung in mancherlei Hinsicht schmerzlich enttäuscht worden bin. Im Auftrage des Herrn Staatspräsidenten hat es ein Viermännerkollegium, dessen Mitglieder als Sachverständige für landwirtschaftliche Fragen von der organisierten Landwirtschaft nicht anerkannt werden, unternommen, einen Gesetzentwurf zu meinem Entwurf eines Agrarreformgesetzes zu fertigen, der dann gegen meine Stimme als Regierungsvorlage angenommen wurde. Nachdem eine maßgebliche Partei dieses mir unverständliche Vorgehen deckt, das demokratischen Gepflogenheiten ebenso widerspricht wie den Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft, sehe ich keine Möglichkeit mehr, die Verantwortung für die gegenwärtigen Verhältnisse und die zukünftige Entwicklung in der Landwirtschaft Badens zu tragen und habe daher mein Amt dem Staatspräsidenten zur Verfügung gestellt."

Am gleichen Tage muß Minister Schill eine Aussprache mit Staatspräsident Wohleb gehabt haben, auf dessen Bitte — nach hochoffizieller Bekanntgabe — Schill seine Demission zurückzog.

Am 29. Januar wird nun durch Südena mitgeteilt, daß Minister Schill zurückgetreten ist. Man ist zu dem Schluß berechtigt: nunmehr endgültig.

Der deutsche Wohnraum-Verlust

HAMBURG — Von 17,8 Millionen Wohnungen, die Deutschland vor dem Kriege besaß, wurden durch den Krieg 7,6 Millionen zerstört. Weitere 2,3 Millionen deutsche Wohnungen gingen in den Ostprovinzen verloren, so daß Deutschland mit 9,9 Millionen Wohnungen mehr als die Hälfte seines Vorkriegsbestandes an Wohnraum verloren hat.

Die russischen Forderungen an Oesterreich

Ein Schritt voran — Erweiterte Vollmachten für die Regierung Figl

WIEN — Wie der Wiener Reuter-Korrespondent erfährt, betragen die russischen Forderungen an deutschem Eigentum in Österreich schätzungsweise auf dem Erdölsektor 135 Millionen Dollar, an Schiffahrtsbeteiligungen 17 Millionen Dollar und 200 Millionen Dollar für das restliche deutsche Eigentum. Damit seien die ursprünglichen russischen Forderungen in einer Höhe von 800 Millionen Dollar auf insgesamt 352 Millionen Dollar herabgesetzt worden.

Alliierte Kreise in Wien bezeichnen die neuen Vorschläge als den ersten bedeutenden Schritt, den die Russen seit Beginn der Verhandlungen mit der österreichischen Staatsvertragskommission gemacht haben. Alle österreichischen Parteien sehen in den neuen sowjetischen Vorschlägen einen „großen und entscheidenden Schritt vorwärts".

•

Die amerikanischen Besatzungsbehörden in Österreich haben, wie Reuter meldet, dem Alliierten Kontrollrat in Wien Vorschläge zur Erweiterung der Vollmachten der österreichischen Regierung vorgelegt. Nach amerikanischer Auffassung ist eine Erweiterung der österreichischen Regierungsvollmachten notwendig geworden, da sich die Ausarbeitung des Staatsvertrages für Österreich verzögert hat. Der österreichichen Regierung sollen nach den amerikanischen Vorschlägen vor allem weitgehende wirtschaftliche Vollmachten übertragen werden. Die Regierung soll u. a. berechtigt werden, Handelsabkommen mit anderen Ländern, einschließlich der vier Zonen Deutschlands, abzuschließen. Ferner sollen die österreichischen Behörden die volle Kontrolle über das Nachrichten-, Presse-, Rundfunk-, Telefon- und Telegrafenwesen erhalten. Alle Flugplätze, die nicht von den Alliierten benützt werden, sollen der österreichischen Regierung übergeben werden. Ferner sehen die Vorschläge vor, der österreichischen Regierung die Kontrolle über Bewaffnung und Ausrüstung der Polizei und des Grenzschutzdienstes zu übertragen. Die Polizei soll auch das Recht erhalten, im Notfall Angehörige der Besatzungsmächte zu verhaften.

Der britische und der französische Vertreter im Alliierten Kontrollrat haben den amerikanischen Vorschlägen bereits zugestimmt, während sich der russische Vertreter eine Stellungnahme vorbehält.

Sie wollten die ganze Welt aufteilen

Enthüllungen im Prozeß gegen die Wilhelmstraße

NÜRNBERG — Im Wilhelmstraßen-Prozeß hat der Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung im deutschen auswärtigen Amt, Dr. Friedrich Gaus, der Anklagevertretung eine eidesstattliche Erklärung übergeben, wonach die deutsche auswärtige Politik das Ziel hatte, das britische Weltreich für immer zu zertrümmern. Gleichzeitig sollten damit die Vereinigten Staaten eine Macht zweiten Ranges werden und ihr Einflußbereich auf den nördlichen Teil des amerikanischen Kontinents beschränkt werden. Das Programm der deutschen Politik sah ferner eine Teilung der Interessen-Sphären in der östlichen Hemisphäre zwischen Deutschland und Japan vor. Die Abgrenzung sollte dabei auf der Linie Ural—Persischer Golf durch den Indischen Ozean östlich von Afrika verlaufen.

Weiter heißt es in der Erklärung: Das „Dritte Reich" glaubte sich im Sommer 1941 auf dem Gipfelpunkt der Macht. Der Reichsaußenminister von Ribbentrop erachtete das Endziel als so nahe bevorstehend, daß er sich mit der Sorge quälte, die beherrschende Stellung Deutschlands werde in Zukunft so stark und überragend sein, daß es dann eine Außenpolitik im alten Sinn nicht mehr gäbe. Der Plan Ribbentrops sah nach dem Sturze Großbritanniens die Bildung eines „Großdeutschen Reiches" vor, das u. a. Sowjetrußland und die Länder des Nahen Orients umfassen sollte. Die deutsche Hegemonie sollte sich bis nach Südamerika erstrecken.

WIEN — Nach einer Mitteilung des Bundeskanzlers hat das Exekutivkomitee des Alliierten Rates in seiner Sitzung vom 23. Januar das Ersuchen der österreichischen Bundesregierung um Auslieferung der beiden Kriegsverbrecher Papen und Schirach befürwortend an den Alliierten Kontrollrat in Berlin weitergeleitet.

Ab 1. Juli Zivilverwaltung in der US-Zone

WASHINGTON — Nach Besprechungen zwischen dem Armeeminister Kenneth Royall, dem Staatssekretär Marshall und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland, General Clay, wurde der Beschluß gefaßt, daß ab 1. Juli alle Befugnisse der Militärregierung in Deutschland vom Staatsdepartement übernommen werden. Die Verantwortlichkeit für diese Befugnisse soll einem offiziellen Vertreter der amerikanischen Regierung in Deutschland übertragen werden. Wie aus einem Kommuniqué des Armeedepartements hervorgeht, ist beabsichtigt, die Organisation der derzeitigen Militärregierung sowie das zur Zeit eingesetzte Personal beizubehalten. Dieses Personal besteht schon weitgehend aus Zivilisten und wird noch vor dem 1. Juli durch weitere Zivilbeamte ergänzt. Die militärischen Besatzungsaufgaben werden selbstverständlich weiterhin durch die Armee wahrgenommen.

Eine amerikanische Stimme

NEW YORK — „Die von der britischen und amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Intensivierung der Lebensmittelsammlung in Deutschland (Speisekammergesetz) und zur Abstellung des Schwarzmarktes und des Kornwuchers sind von vornherein zum Scheitern verurteilt", meint die „New-York-Times" in einem Leitartikel und betont, daß Deutschland nur die Hälfte der benötigten Lebensmittel produzieren könne. „Deutschland wird seinen eigenen Bedarf nicht decken können und kann noch weniger zum europäischen Wiederaufbau beitragen, solange das augenblickliche Wirtschafts-Drosselungsregime nicht abgeschafft ist und solange den Deutschen nicht gestattet wird, zu produzieren und auf den Weltmärkten Handel zu treiben".

Semler seines Amtes enthoben

FRANKFURT/Main — Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Johannes Semler, ist auf Anordnung der Militärgouverneure General Clay und General Robertson seines Amtes enthoben worden.

In dem Entlassungsschreiben an Dr. Semler heißt es u. a.: „Im Hinblick auf das Interesse der amerikanischen und britischen Verwaltung am Recht des Individuums, seine Meinung zu äußern, ist beschlossen worden, daß außer Ihrer Amtsenthebung keine weiteren Maßnahmen gegen Sie unternommen werden. Es ist jedoch klar, daß dieses Recht der Meinungsäußerung nicht das Recht eines verantwortlichen Regierungsbeamten einschließt, Erklärungen abzugeben, ohne sich über die Tatsachen zu unterrichten. Es schließt auch nicht das Recht ein, ein öffentliches Amt zu bekleiden, das Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten als wichtig voraussetzt, nachdem ein im öffentlichen Leben stehender Beamter bewiesen hat, daß diese Zusammenarbeit nicht möglich ist."

Während Dr. Semler eine Stellungnahme oder Erklärung zu der von den Militärbehörden ausgesprochenen Amtsenthebung ablehnte, brachte die Fraktion der CDU/CSU in einer in Frankfurt veröffentlichten Stellungnahme ihr Befremden über die Form zum Ausdruck, in der Dr. Semlers Ausscheiden aus dem Wirtschaftsrat herbeigeführt wurde.

Meldungen in Kürze

FRANKFURT — Das Schwurgericht Frankfurt verurteilte im Prozeß gegen Pflegerinnen und Pfleger der Euthanasieanstalten in Grafeneck und Hadamar vier Angeklagte unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu Zuchthausstrafen von drei Jahren und einem Monat bis zu vier Jahren. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

KASSEL — Zur beschleunigten Durchführung des sogenannten „B.-Programmes", das die Neuanfertigung und Reparatur von Lokomotiven und Güterwagen vorsieht, müssen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland weitere dreitausend Arbeitskräfte verpflichtet werden.

MÜNCHEN — Der ehemalige bayrische Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner ist der Bayernpartei beigetreten und wurde sofort in ein dreiköpfiges Gremium berufen, dem u. a. auch Dr. Jakob Fischbacher angehört.

MÜNCHEN — Die amerikansiche Regierung genehmigte mit der neuen Partei „Geeintes Europa" die zwölfte Partei Bayerns.

WIEN — Pierre Schneiter, der französische Staatssekretär für deutsche und österreichische Angelegenheiten, der augenblicklich eine Inspektionsreise durch Deutschland und Österreich unternimmt, ist, von München kommend, in Wien eingetroffen.

WASHINGTON — Präsident Truman hat dem Senat die offizielle Ernennung des General Omar Bradley zum Generalstabschef der amerikanischen Armee anstelle General Dwight Eisenhowers übersandt.

JERUSALEM — Die Familien des amerikanischen Konsulatpersonals in Jerusalem haben aus Sicherheitsgründen die Stadt verlassen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Alleinverantwortung

Nach einer mehr selbstbewußten als sachlich stichhaltigen Erklärung zur südbadischen Regierungskrise im Freiburger CDU-Blatt erfolgte die offizielle Bekanntgabe der drei neuen Minister, mit denen das CDU-Kabinett vervollständigt wurde. Die drei neuen CDU-Minister ersetzen die beiden ausgeschiedenen SP-Minister; zugleich wurde das interimistisch vom Staatspräsidenten verwaltete Portefeuille der Finanzen einem neuen Manne übergeben. Auf ihr parlamentarisches Übergewicht gestützt, hat die CDU die Krise, die durch den auf die Differenzen in der Frage der Agrarreform zurückzuführenden Exodus der beiden SP-Minister entstanden war, im Wege der Dokumentierung ihrer Stimmenstärke gelöst. Daß Verhandlungen zwischen CDU und SP geführt worden sind, die sich immer wieder um die begreiflichen sozialdemokratischen Bedenken in der Bodenreformfrage kristallisierten, wird man ebensowenig bezweifeln, wie man — von außen her — abzuwägen in der Lage ist, auf welcher von beiden Seiten mehr an Geduld und Entgegenkommen aufgewendet worden ist. Die Tatsache, daß der CDU-Minister für Landwirtschaft und Ernährung etwa gleichzeitig mit der Bekanntgabe der neuen Minister sein — auf Intervention des Staatspräsidenten zurückgezogenes, soeben erneuertes — Rücktrittsgesuch eingereicht hat, scheint recht eindeutig dafür zu sprechen, daß der parteipolitische Kraftprobe der CDU-Alleinverantwortung einer in einem höheren Sinne demokratische Kraftprobe der Vorzug zu geben gewesen wäre. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß die Rücktrittsabsichten des Landwirtschaftsministers als Symptom dafür zu deuten sind, daß in der so ziemlich einzigen Differenzfrage zwischen CDU und SP selbst in den Reihen der CDU keine volle Übereinstimmung der Meinungen besteht. Diese Differenzfrage ist nicht gerade von weittragender Bedeutung; denn es handelt sich dabei nicht etwa um ein grundsätzliches Ja oder Nein zur Bodenreform, es geht vielmehr lediglich um das Ausmaß der Bodenreform. Gerade deshalb hätte man eine Verständigung erwarten dürfen, wobei sich der Blick auf weitgehend analoge Auseinandersetzungen im südwürttembergischen Landtag richtete, die zu einer schiedlich-friedlichen Lösung innerhalb des Kabinetts und vor der Vorlage des entsprechenden Gesetzentwurfs an den Landtag zu führen scheinen. Es ist schwer sich vorzustellen, daß die SP in Baden unüberwindliche Schwierigkeiten zu machen entschlossen war, wo sie sich in Tübingen offenbar verständigungsbereit zeigte. Daß die Frage für die SP eine wesentliche grundsätzliche Seite hatte, mußte freilich dabei in Rechnung gestellt werden. Es dürfte aber auch der CDU klar gewesen sein, daß weiteste Kreise außerhalb der SP, ja bis in die CDU-Reihen hinein ein brennendes Interesse an einer über die CDU-Absichten hinausgehenden Regelung der Bodenreform bekunden. Damit fällt der Vorwurf parteiegoistischer Erwägungen und wahlagitatorischer Rücksichten, der auf Seiten der CDU gegen die unnachgiebige Konsequenz der SP erhoben wurde, auf die CDU zurück, die anstatt einen Gesetzentwurf mit so weitreichenden und einschneidenden Maßnahmen nach Möglichkeit demokratisch breit zu unterbauen, bei einem dermaßen" diffizilen Anlaß ihre Mehrheit in die Waagschale wirft und zur Alleinverantwortung greift.

Man kann mit guten Gründen die Auffassung vertreten, daß es der Mehrzahl der neuen deutschen Parlamente an der gesunden motorischen Kraft einer sachlichen und konstruktiven Opposition gebricht, und trotzdem in der Freiburger Lösung der CDU-Alleinverantwortung keinen politischen Gewinn erblicken. Es genügt, die unmittelbar bevorstehenden politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt sozialpolitischen Aufgaben ins Auge zu fassen, um in dieser Meinung bestärkt zu werden. Die Perspektiven, die der französische Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten, Pierre Schneiter, in seiner Freiburger Rede eröffnet hat, lassen keinen Zweifel darüber, daß in naher Zukunft mit bedeutenden Entscheidungen und Verantwortungen zu rechnen ist. Natürlich können diese Entscheidungen im Wege der Alleinverantwortung getroffen werden. Es wird jedoch — und in diesem Zusammenhang denken wir u. a. an den Badischen Wirtschaftsplan, der in einem fortgeschrittenen Stadium nun in die Hände eines neuen Mannes gelegt werden muß, oder an das Betriebsrätegesetz, daß noch weit mehr als die Agrarreform einen Zusammenprall der Auffassungen verursachen dürfte — zu fragen sein, ob die Lösung dieser großen Fragen sich nicht besser auf tragfähiger demokratischer Basis in einer vernünftigen Koalition vollziehen würde. Die Alleinverantwortung einer Partei wird notwendigerweise zur Folge haben, daß die Auseinandersetzung und Abklärung der Meinungen in agitatorischen Formen und unter Verschärfung der parteipolitischen Differenzen statt in der dafür gegebenen Arena des Landtags vor sich geht. Daß dies eine bedauerliche Schwächung der ohnehin schwachen Position des Landtags und dessen Herabwürdigung zu einer Beschlußmaschine bedeutet, bedarf keines besonderen Nachweises. Alle diese Bedenken, die gewiß auch einsichtige und weiterblickende CDU-Kreise nicht leichthin von der Hand weisen, legen den Schluß nahe, daß man in der CDU-Alleinverantwortung kein Definitivum, sondern nur eine Interimslösung zu sehen hat. —y—

Das Recht des Arbeiters in der Wirtschaft

Auf unsere Anregung wird hier zu dem aktuellen Thema des Betriebsrätegesetzes und der Neuregelung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in der Wirtschaft von Gewerkschaftsseite Stellung genommen. Die sachlichen Äußerungen erschienen uns als Grundlage zur Einleitung einer offenen Aussprache über diese aktuelle Frage geeignet.
D. Red.

Der Badische Gewerkschaftsbund hat in den letzten Wochen in einer großen Anzahl von Orten sehr gut besuchte Kundgebungen der Werktätigen veranstaltet, in welchen die Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft behandelt wurde. Veranlassung dazu war die ablehnende Stellungnahme der Arbeitgeber zu dem Entwurf der Gewerkschaften zu einem südbadischen Betriebsrätegesetz. Dieser Entwurf stützt sich auf Artikel 39 der Badischen Verfassung, wo bestimmt wird, daß „die Arbeitnehmer in wirtschaftlichen Unternehmungen ein Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung und Verwaltung ihrer Betriebe und an allen sie berührenden Angelegenheiten" haben sollen.

Der Gewerkschaftsentwurf versucht den Umfang des Mitbestimmungsrechts genau zu definieren: „Das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates erstreckt sich insbesondere auf folgende Aufgaben: Einstellung und Entlassung, Versetzung, Beförderung von Arbeitnehmern, Regelung der betrieblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Art der Produktion, Festlegung des Produktionsprogramms, Anschaffung, Verwendung und Veräußerung von Betriebsanlagen, Einführung neuer Fabrikations- und Arbeitsmethoden, Änderung des Betriebsumfangs bei Arbeitseinschränkung, Betriebserweiterung, Fusionierung und Betriebsstillegung, Bestimmung des Absatzes, der Kapitalinvestitionen und -Veränderungen, Kalkulation und Preisgestaltung, Kontrolle des Waren-Absatzes, Verhinderung der Aufrechterhaltung konzernmäßiger Bindungen des Betriebes."

Die Arbeitgeber, deren Interessen von der Durchführung dieser Forderungen sehr stark berührt werden würden, hatten natürlich zu dem Entwurf Stellung genommen. In einem Schreiben an das Ministerium der Wirtschaft und Arbeit, welchem sie einen eigenen Entwurf für ein Betriebsrätegesetz beilegten, erklärte die „Landesgemeinschaft der industriellen Fachvereinigungen Südbadens", daß die Arbeitgeber „einem Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auf sozialem Gebiet das Wort reden, aber im Rahmen der bestehenden Gesetze keine Möglichkeit sehen, ein Mitbestimmungsrecht auf wirtschaftlichem Gebiete anzuerkennen" und „die volle Aufrechterhaltung des Direktionsrechtes der Arbeitgeber" als unerläßlich betrachten. Die Einschaltung der Gewerkschaften in Angelegenheiten des Betriebes sei unzulässig. „Es käme dadurch in die Betriebe ein Geist der Polemik und politischen Propaganda, der der sachlichen Arbeit unzuträglich sei." Außerdem wurde verlangt, daß der Betriebsrat nur außerhalb des Betriebes von den Gewerkschaften beraten werden solle und der Betriebsrat kein Exponent der Gewerkschaften sein dürfe." Schließlich wird dann noch gefordert, daß in abzuschließenden Betriebsvereinbarungen „weitergehende Rechte nicht gefordert werden dürften."

Dieses Schreiben, das in einer Zusammenkunft von Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern beim Wirtschaftsministerium zur Sprache kam, führte dazu, daß die Gewerkschaften die Erklärung abgaben, jede weitere Verhandlung mit der Vertretung der Arbeitgeber zu unterlassen, bis der Vorwurf, daß durch die Gewerkschaften der Geist der Polemik und politischen Propaganda in die Betriebe hineingetragen würde, zurückgenommen sei.

Im „Badischen Gewerkschaftler" wird zu diesem Schreiben u. a. gesagt: „Wenn man in den ersten Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch des Naziregimes mit Arbeitgebern zusammenkam, waren dieselben einmütig der Auffassung, daß in Zukunft in Bezug auf die Zusammenarbeit mit ihrer Arbeiterschaft und deren berufenen Vertretern ein ganz anderer Kurs eingeschlagen werden müsse, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Es wurde von gleichen Interessen gesprochen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten. Es waren dieselben Beteuerungen, die nach dem Zusammenbruch von 1918 die Arbeitgeberverbände machten und die in der bekannten Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. 11. 1918 ihren Niederschlag fanden. Aber schon bei der Beratung der Reichsverfassung und später bei der Ausarbeitung eines Betriebsrätegesetzes machten sich die ersten Widerstände geltend. Man wollte eben die Arbeiterschaft nicht zu einem gesetzlich verankerten, gleichberechtigten Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft kommen lassen. Das Betriebsrätegesetz von 1920 brachte deshalb auch nur einen kleinen Teil von dem zur Verwirklichung, was sich die Werktätigen auf Grund des Artikels 165 der Weimarer Verfassung erhofft hatten.

Das Echo aus Gewerkschaftskreisen auf diese Wendung ist sehr stark und kommt in den erwähnten Kundgebungen in scharfer Form zum Ausdruck. In der Zwischenzeit hat das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit auch einen Entwurf zu einem Betriebsrätegesetz ausgearbeitet, welcher z. Zt. dem Kabinett vorliegt.

Wie weit dieser offizielle Entwurf den zwingenden Vorschriften des Artikels 39 der Badischen Verfassung Rechnung trägt, wird sich erweisen, wenn derselbe dem Badischen Landtag zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet wird. Es ist außerdem von den Gewerkschaften beabsichtigt, durch die Parteien in Form eines Initiativantrages ihren Entwurf auch dem Landtag offiziell zur Kenntnis zu bringen.

Eine Steppe in Mitteleuropa?

PRAG — Bei der Aufnahme der Dürreschäden in Böhmen wurde eine alarmierende Entdeckung gemacht, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Große Landstriche mit einer von der Sonnenglut der letzten Jahre verbrannten Vegetation weisen die typischen Merkmale der Steppe auf. Der Spiegel des Grundwassers ist gesunken, die Quellen sind versiegt, die Bäche entweder eingetrocknet oder nur von einem dünnen Rinnsal bedeckt, die Ackerkrume versandet, scharfkantige Gräser machen sich auf den Wiesen breit. In einigen Bezirken stieß man sogar auf die ersten Vorboten der Halbwüste: auf Steppenpflanzen, die sich rasch vermehren und gerade bei dem Mangel an Feuchtigkeit und dem Überhandnehmen des Sandes üppig gedeihen.

In Böhmen wurde die Gefahr einer Versteppung schon um die Jahrhundertwende erkannt. 1947 hat man mit nicht geringem Entsetzen bemerkt, daß dieser zur Versteppung neigende Streifen keineswegs an der böhmisch-mährischen Höhe, bei Kuttenberg und Neuhaus, sein Ende erreicht, sondern jenseits dieses niedrigen Gebirgszuges in Südmähren seine Fortsetzung findet. Die Hauptschuld dafür trägt die bis zur Vernichtung getriebene Abholzung der Wälder.

Um die Versteppung so wichtiger Landflächen in Böhmen und Mähren zu verhindern, will man jetzt zum Schutz gegen austrocknende Winde zahlreiche Waldstreifen mit Fichten und schnell wachsenden Laubhölzern anlegen. Weiter sollen die Teiche wieder aufgefüllt und neue Gewässer angelegt werden.

Es ist keineswegs die Erfindung eines Witzboldes, wenn der Kampf gegen die Steppe in Böhmen und Mähren mit der Parole geführt wird: Pflanzt Trauerweiden. Sie sind nämlich nicht nur eine Zierde unserer Friedhöfe, sondern auch ein hydraulischer Regulator der Natur und daher ein Verbündeter der verzweifelt um das Wasser ringenden Menschen.

Advokat der Menschlichkeit

Vor 100 Jahren starb Joseph Görres

Advokat der Menschlichkeit zu sein, ist, nach des Schwaben Ludwig Weckhrlins Wort, jedes Schriftstellers ureigentlicher Beruf. Wenn je einer ihn in vollgültiger Weise erfüllte, dann war es der Koblenzer Joseph Görres (1776—1848). In einer unserer ruhelosen Gegenwart in so vielem ähnlichen Zeit griff er mit seiner Feder machtvoll in den Gang der Ereignisse ein. Sein ganzes, sorgenüberhäuftes und doch so reiches Leben zwischen den drei großen Revolutionen des 18./19. Jahrhunderts galt nur diesem einen Ziel: die Sache der Menschenrechte und der Menschlichkeit als uneigennütziger Anwalt zu vertreten. Daß die staatliche Gewalt von damals seinem Rufen ihr Ohr verschloß, daß Berlin wie Wien seine Stimme nicht hörte, ist eines der trübsten Kapitel in der deutschen Geschichte des unseligen Zwiespaltes zwischen Geist und Staat.

Von den frühesten Anfängen an fühlt der vom Strudel seiner Zeit erfaßte junge Görres die Verpflichtung in sich, zu sprechen. Er weiß, daß er in einem geschichtlichen Augenblick lebt, von dem eine ganze, lange Zukunft abhängt. Er gibt sich Rechenschaft darüber, daß „unserer Weisheit und Torheit das Geschick unserer Kinder und Enkel anvertraut ist". So steht er nicht — wie so viele Nachfahren seines Alters in unseren Tagen — abwartend und untätig beiseite. Aus seinem Verantwortungsbewußtsein heraus erhebt er zu allen wichtigen Ereignissen die Stimme. Dieser Verantwortung wegen begibt er sich auf das Kampffeld der Politik. Ein Einzelner nur, der kaum erst die Schulbücher zur Seite gelegt hat. Von der Kraft seiner Persönlichkeit aber gehen Wirkungen aus, welche das Gesicht seiner Zeit mitprägen. Wandlungen und Rückschläge setzen ein. Jahre stiller Zurückgezogenheit und bitterer Enttäuschung bleiben ihm nicht erspart.

Das Mittel, mit dem er sich durchsetzt, ist das geschriebene Wort. Görres ist es gegeben, Dolmetscher der echten Gefühle des Volkes zu sein. Zum ersten Male seit langen Jahrhunderten bleibt die große Masse nicht mehr stumpf und stumm gegenüber ihren Regenten. In ihrem Namen spricht dieser rheinländische Publizist die Wünsche und Forderungen aus. In Flugschriften und Aufrufen, in Zeitungen und Zeitschriften. Noch wagten damals nur Einzelne, den fürstlichen Machthabern freiweg ins Gewissen zu reden. Schubart mußte seine Artikel in der „Teutschen Chronik" mit langer Haft auf dem Hohenasperg bezahlen. Napoleons Zensur stand der Enge der vorrevolutionären Vorschriften nicht nach. Die erstarkenden Mächte der Restauration versuchten mit gleicher Schlagkraft, die freie Meinungsäußerung zu unterbinden. Joseph Görres jedoch legt lieber die Feder nieder, als daß er sich vom preußischen Staatskanzler die Redaktionsführung seines „Rheinischen Merkur" aus der Hand nehmen ließ. „Ich habe ein heiliges Amt zu verwalten und muß es nach meinem Gewissen führen oder völlig niederlegen" schreibt er damals. Dieser Satz steht als Leit- und Losungswort über seinem ganzen Leben.

Immer klarer ist in ihm die Überzeugung gereift, daß der Staat nur dann zu neuer Blüte kommen kann, wenn er vom Willen und der Kraft möglichst Vieler getragen wird. Fürsten und Völker müssen zusammenhelfen. Politik darf nicht nur Angelegenheit der Diplomaten und Beamten, sie muß Verpflichtung für jeden Staatsbürger sein. „Nur die Völker", schreibt er im ‚Rheinischen Merkur', „sind zu allen Zeiten stark gewesen, die am gemeinen Wesen teilgenommen. Wo der Staat nur in wenigen lebt, da führt ihr Verderben ihn auch leicht zum Untergang, wo die Gesamtheit aber ihm ihre Teilnahme zugewendet hat, da lebt er ein unverwüstlich immer sich verjüngend Leben".

Damit wird Görres zum aufrüttelnden Rufer nach einer Verfassung, die für immer mit dem absoluten Untertanendenken des Ancien Régime bricht und dem Bürger Mitverantwortung überträgt. Darum fordert er das Wachsen der „öffentlichen Meinung", durch die die Menge „Anteil am öffentlichen Leben" nehmen soll. „Was not tut vor allen Dingen, ist, daß in der Nation eine feste, bestimmte öffentliche Meinung sich bilde, die entschieden und unverkennbar den eigentümlichen Charakter des Stammes ausdrücke." In leidenschaftlicher Parteinahme für die Anliegen der Menschlichkeit tritt Görres in seinen Leitartikeln unablässig für die Gerechtigkeit im Völkerleben und für den Gottesfrieden unter den Glaubensbekenntnissen ein. Seine im „Rheinischen Merkur" und in seinen Münchener Schriften niedergelegten Grundsätze über die Ordnung des Staats- und Völkerlebens haben bis zur Stunde nichts an Frische und Gültigkeit verloren.
Wi.

KULTURSPIEGEL

Das Wunder der Anpassung

„Anpassung ist geradezu ein Teil des Lebens und eine angeborene Eigentümlichkeit der Lebewesen," meinte Professor Sauerbruch. Im Rahmen umfangreicher Ausführungen wies er darauf hin, daß vor allem die Gemütsbewegungen die körperlichen Vorgänge aufs stärkste beeinflussen: „Die Idee herrscht und der Körper beherrscht die Aufgaben, so werden Höchstleistungen vollbracht, vor denen wir bewundernd und staunend stehen. Wir müssen uns mit der Feststellung bestimmter Gesetze begnügen. Letzte Ursache ist ein philosophischer oder religiöser, kein naturwissenschaftlicher Begriff. Vor den letzten Gründen müssen wir bescheiden zurücktreten. Deswegen darf der Arzt nicht zum Naturwissenschaftler werden."

Völkerpsyche und Politik

Neue Bücher

Lassen wir uns nicht gegen andere Völker erbittern! — Dies Fazit läßt sich aus Paul Distelbarths völkerpsychologischer Untersuchung ziehen, die unter dem Titel „Franzosen und Deutsche" im Verlag Gerd Hatje erschienen ist (als Sonderausgabe mit Genehmigung des Rowohlt-Verlags). Distelbarth fordert vom deutschen Leser ein hohes Maß an Selbstkritik; Bauerntum auf französischer, Kriegertum auf deutscher Seite scheinen ihm symptomatisch für den unterschiedlichen Volkscharakter. Gelegentlich schießt er in seinem Bemühen, Verständnis für andere Völker zu erwecken, etwas über das Ziel hinaus, so wenn er die „unvergleichlichen Werke der großen russischen Schriftsteller" erwähnt, „mit denen sich niemand bei uns vergleichen könne." Man wird dies Buch bereichert und mit mehr Verständnis für unsere westlichen Nachbarn aus der Hand legen. — In ihrem „Tagebuch aus Südfrankreich" (DND-Verlag, Baden-Baden) erzählt Elsbeth Meyer, was sie 1932 als Kinderpflegerin und Haushälterin in einer französischen Familie erlebte; ihre teils ganz entzückenden kleinen Abenteuer und mit viel Charme und Besinnlichkeit mitgeteilten Beobachtungen von Land und Leuten machen uns das hier noch wenig bekannte Frankreich „jenseits von Paris" vertraut. — Über politische und juristische Probleme unterrichten folgende in letzter Zeit erschienene Bücher und Broschüren: Eberhard Welty: „Recht und Ordnung im Eigentum" (A. Laumann'sche Verlagsbuchhandlung), das Protokoll des „Konstanzer Juristentags" (2.—5. Juni 1947), das bei J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen verlegt ist, die „Gesundheitspolitischen Richtlinien der SED" und Paul Gärtners Referat über „Die Genossenschaftsbewegung" (beide beim Dietz-Verlag, Berlin). Im gleichen Verlag erschien ein Roman von Albin Stuebs: „Romantisches Vorspiel", der, ohne Anspruch auf dichterische Qualitäten zu erheben, am Beispiel eines deutschen Jungen der Nachweltkriegszeit die unentwirrbare Verstrickung sich teilweise befehdender Weltanschauungen zeigt, denen jene Generation ausgeliefert war bis sie ein willenloses Opfer des Nationalsozialismus wurde. Wandervogel, konfessionelle, bündische und akademische Jugend, Siedlergemeinschaften und freiwilliger Arbeitsdienst, kommunistische Kampfverbände und S.A.: alle diese Stadien durchläuft der an sich gutwillige und strebsame Held des Romans bis er zum Verbrechen gezwungen wird und, im Augenblick seiner inneren Umkehr, dafür mit dem Leben büßen muß.

Zwei Uraufführungen

Das Drama „Johanna in Rouen" von Joseph Nowak ist dieser Tage gleichzeitig in Kassel und im Bremer Künstlertheater uraufgeführt worden. An der Bremer Aufführung nahm der Autor teil. — Nowak hat das alte Thema der Jungfrau von Orleans aktuell abgewandelt. Gespenstisch leuchten aus der Historie Begriffe wie Gewissensfreiheit, Besatzungspolitik, Kollektivschuld und Kadavergehorsam in die Problematik unserer Tage hinein. Mit Ausnahme der letzten, der „Betrachtung" gewidmeten Szenen, erfüllt das Stück die Forderungen wirklichen Theaters. Die Aufführung unter der Regie von Gillis von Rappard, mit Gisela Mathew als Jungfrau war schauspielerisch und dekorativ von hohem Niveau.

Leo Tolstois Roman „Anna Karenina" wurde zum vierten Mal verfilmt. In dem jetzt in London uraufgeführten Bildstreifen spielt Vivien Leight die Hauptrolle, das Drehbuch entstand unter Mitarbeit von Jean Anouilh.

Plastischer Film

Der 38jährige Elektriker Jean-Ernest Stellini aus Nizza hat ein neues Projektionsverfahren entdeckt, das einen Schritt auf dem Wege zum plastischen Film darstellt.

Stellini wirft die Bilder auf einen 7—8 mm starken Spiegel, vor dem er eine zweite, sehr dünne Projektionsfläche aus Milchglas anbringt, die einen Teil der vom Spiegel reflektierten Strahlen sowie die Lichtbrechung des Projektionskegels absorbiert. Dabei ist das Herstellungsverfahren der Mattscheibe — das Fabrikationsgeheimnis Stellinis — entscheidend. Es werden verschiedene Säuren dazu verwendet. Entsprechend den Dimensionen des Vorführungsraumes erhält man durch die richtige Anordnung der beiden Bildflächen überraschende Tiefenwirkungen. — Die erste Vorstellung — ein Farbfilm mit Rita Hayworth — war ein außerordentlicher Erfolg.

*

Der deutsche satirische Zeichner THOMAS THEODOR HEINE ist in Stockholm im Alter von 80 Jahren gestorben. Heine war der Gründer der Zeitschrift „Simplizissimus".

Die Errichtung eines RELIGIÖSEN RUNDFUNKSENDERS ist auf der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen und Religionsgesellschaften in Berlin beschlossen worden.

Der FRANZ LISZT-PREIS des Landes Thüringen für 1947 ist als erstem Träger dem Komponisten Carl Orff in München zuerkannt worden.

Anläßlich des 5. Jahrestages des Dramas der 6. deutschen Armee in STALINGRAD wird der „Südwestfunk" am 3. Februar um 20 Uhr den Roman „Stalingrad" von Theodor Plivier in einer Umarbeitung des jungen Autors Manfred Häberlen als Hörspiel bringen.

Am 5. und 6. Februar findet in Wiesbaden eine „TAGUNG JUNGER AUTOREN" statt, in deren Verlauf junge deutsche Schriftsteller sich über die gegenwärtige Lage des literarischen Nachwuchses aussprechen werden. Veranstalter sind die Zeitschrift „Der Bogen" und der Limes-Verlag.

Eine Forschungsgruppe der ukrainischen Akademie der Wissenschaften entdeckte bei Nicolajew am Schwarzen Meer einen APHRODITE-TEMPEL mit gut erhaltenen Götterstatuen, der aus dem 2. Jahrhundert stammt.

Wie verlautet, brach eine SCHWEDISCHE EXPEDITION nach Afrika auf, um im Kilimandscharo-Gebiet zoologische und botanische Forschungen durchzuführen.

Für bisher unveröffentlichte dramatische Werke lebender deutscher Autoren hat der THESPIS-VERLAG, Hamburg 1, Chilehaus A 3, Geldpreise ausgesetzt.

In dem neuen Doppelheft 10/11 behandelt „DAS KUNSTWERK" (Woldemar Klein-Verlag, Baden-Baden) in ausgesuchten Reproduktionen und Abhandlungen das Thema des antiken und klassischen Schönheitsideals.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Baden-Baden

Die Rationssätze im Februar

Wie das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung mitteilt, wird für die Städte Freiburg, Baden-Baden, Offenburg, Lörrach, Singen und Konstanz im Monat Februar eine Fettration für Kinder von 0 bis 6 Jahren von 150 g und für Normalverbraucher über 6 Jahren von 250 g festgesetzt Bei Schmalz und Rinderfett sind 80 Prozent dieses Normalsatzes auszugeben. An allen übrigen Orten verbleibt es bei der bisherigen Regelung von 200 g Fett.

Die Teigwarenration wird allgemein um 250 g erhöht. Wer bisher 250 g bezog, wird nun also 500 g bekommen, wer 500 g erhielt, bezieht 750 g.

Wie im Januar wird auch im Februar eine Zuckeration von 450 g ausgegeben. Außerdem ist mit der Anlieferung von Käse zu rechnen, der einen Fettgehalt von 40 Prozent enthält. Angesichts der erhöhten Qualität wird der bisherige Rationssatz auf die Hälfte ermäßigt. Der erhöhten Fettration steht eine geringfügige Minderung der Fleischration gegenüber, die einzelnen Aufrufe werden darüber noch Näheres erbringen.

Es kann noch mitgeteilt werden, daß sich die Militärregierung gegenwärtig bemüht, die Produktion und Verteilung von Kaffee-Ersatz möglichst bald wieder in Gang zu bringen und die hierfür erforderlichen Getreide- und Rohstoffkontingente frei zu bekommen. Die Rationen der übrigen Lebensmittel bleiben unverändert.

Weitere Fettzuteilungen

Für den Monat Januar erhalten die Schwerarbeiter aller Gruppen die vorgeschriebene Fettration in Butter zugeteilt. Anstelle von Butter kann auch Butterschmalz im Verhältnis 100:80 abgegeben werden. Selbstversorger in Butter, die nach den bestehenden Richtlinien noch Ansprüche auf Butterrücklieferung für Januar haben, erhalten den Rest ihrer Rücklieferungsbutter für diesen Monat. Normalverbraucher und Teilselbstversorger — nur in Brot — der Altersgruppen ab 10 Jahren (Jgd. 2 und E) erhalten für den Monat Januar die zweite Fettrate mit 120 g Rinderfett. Anstelle von Rinderfett kann — soweit noch Vorräte bei den Metzgereien sind — die gleiche Menge Schmalz aus eingeführten Beständen verabfolgt werden. Die Ausgabe des Rinderfettes erfolgt über die Metzgereien. Kinder von 6 bis 10 Jahren (Jgd. 1) erhalten den Gegenwert von 150 g Butter je nach Vorrat in fettem Speck, durchwachsenem geräucherten Speck (ohne Rippen) oder Schweineschmalz aus gewerblichen Schlachtungen.

Bei der Ausgabe von Speck und Schweineschmalz, die ebenfalls durch die Metzgereien erfolgen, gelten die folgenden Sätze: Anstelle von 150 g Butter = 150 g fetter Speck oder Flomen oder 187,5 g durchwachsener geräucherter Speck ohne Rippen, oder 120 g Schmalz aus gewerblichen Schlachtungen.

1,2 Millionen Meter Film im SWF

In der „Klingenden Filmschau des Südwestfunks" am 1. Februar werden sich die vorangegangenen 99 Sendungen ein Stelldichein geben. Den Hörern wird mancher gute Bekannte aus den letzten anderthalb Jahren in dieser Jubiläumssendung begegnen. Mehr als 100 000 Meter Original-Filmmusik gingen seit August 1946 über die Wellen des „Südwestfunks". Dazu war es notwendig, rund 1,2 Millionen Meter Film „abzuhören". Von dem Magnetofenbandverbrauch und dem Warenverschleiß der Tontechnikerinnen ganz zu schweigen. Diejenigen aber, die sich am Neujahrstag den Kopf zerbrochen haben, erwartet in der 100. Filmschau-Sendung am 1. Februar (diesmal schon um 15.30 Uhr) die Auflösung und Preisverteilung des heiteren Filmrätsels: Was wird hier gespielt?

Unsterbliches Hellas

Ein zweites Mal in diesem Monat lud die Bäder- und Kurverwaltung zu einem Besuch Griechenlands ein. Diesmal war es Dr. Joachim Gerstenberg (Tübingen), der uns die Herrlichkeiten antiker Baukunst und die historische Landschaft, in der die abendländische Kultur in erster und schönster Blüte stand, in vielen farbigen Lichtbildern vorführte und schilderte. Es gelang ihm, den kulturhistorisch Gebildeten wie auch den Laien zu fesseln und ihnen einen Begriff von der Bedeutung Griechenlands und des wahrhaft unsterblichen hellenischen Geistes zu geben. —o—

Sie wollten nur einmal nachsehen . . .

Landwirt inspiziert Nahrungsmittelvorräte

Es ist nicht alltäglich, daß ein Landwirt, der über einen größeren Betrieb verfügt, Lebensmittel bei einem „Normalverbraucher" klaut. Natürlich wollte er nicht stehlen, sondern sich mit seinen beiden Schwagern nur „einen Jux" machen. Landwirt J. Sch., Eisenflechter Fritz L. aus Sinzheim und sein Bruder Franz L., Schlosser, ebenfalls aus Sinzheim. Die beiden ersten in B.-Baden wohnhaft, saßen wegen Einbruchsdiebstählen auf der Anklagebank. Der 25jährige Fritz L., der 1947 nach 5-jähriger Gefangenschaft aus Afrika in die Heimat zurückkehrte, konnte seine Eßlust anscheinend nicht in genügendem Maße befriedigen und „organisierte" deshalb Kaninchen. Bei den durchgeführten zwei Diebstählen mußte er die Hasenställe gewaltsam öffnen. Fünf Kaninchen wurden geschlachtet, gebraten und verzehrt. Sein Arbeitgeber, Landwirt Sch., hatte davon Kenntnis. Dem Dr. W., einem Juristen, war Sch. nicht gut gesinnt. Aus Mißgunst paßte er ihm auf und stellte fest, daß er gelegentlich schwere Koffer nach Hause transportierte. Er wollte deshalb in den Kellerräumen des Dr. W. zusammen mit den anderen Angeklagten „einmal nachsehen". Sie entdeckten tatsächlich eine Menge höchst begehrter Lebensmittel, teilweise ausländischer Herkunft, die sie in Säcke verpackten und mit einem Handwagen wegfuhren. Etwa 5 Ztr. Kartoffeln, 70 Einmachgläser mit Obst und Gemüse, 2 Flaschen Wein, 8,5 kg Fett, 5 kg Milchpulver, 4,5 kg Eipulver, Speck usw., außerdem 2 Fahrradsättel wechselten den Besitzer. Der „Streich" wurde wiederholt. 25 kg Äpfel, ein Eimer mit 20 Eiern, 1 Weckapparat, 1 Mülleimer, 1 Herrenfahrrad und Werkzeuge bildeten die Beute. Zur Ergänzung ihres Werkes verstellten sie die Tür des Geschädigten mit Brettern, gleichfalls nur aus „Jux". „Dr. W. hat die Allgemeinheit geschädigt, und wir schädigten ihn", meinte Julius Sch. Über die beabsichtigte Verwendung der Beute konnte der sonst gar nicht spaßhaft veranlagte Landwirt allerdings keine Auskunft geben. Das Gericht verurteilte Fritz L. zu 8, seinen Arbeitgeber Julius Sch. zu 7 und Franz L., der nur als Mitläufer fungierte, zu 4 Monaten Gefängnis. Sämtliche Angeklagten haben sich die Annahme des Urteils des Amtsgerichts Baden-Baden vorbehalten.

Existenzielle Philosophie mit oder ohne Gott?

Mit zwei Vorträgen über die Philosophen Heidegger und Jaspers schloß die Katholische Arbeitsgemeinschaft ihre sehr objektiv gehaltenen Referate über „Führende religiöse Geister". Professor Schleer, der von über 30 Vortragsabenden fast die Hälfte gestaltete, behandelte in weitausgreifender Form das Problem der existenziellen Philosophie, das viele geistig Schaffende und als Ideengut sogar breiteste Schichten beschäftigt. Wahrscheinlich deswegen, weil man diese „Lehre" als die philosophisch ergründete Verzweiflung großer Teile der heutigen Menschheit betrachtet.

Der Vortragende wies die geschichtlichen Grundlagen der Existenzial-Philosophie in Kierkegaard und Descartes über Kant bis zu Husserl und jetzt Heidegger, Jaspers und Sartre nach. Er zeigte vor allem aber auch die Unterschiede, die zwischen den heutigen Existenzial-Philosophen und z. B. Kierkegaard bestehen. Die einen verstehen unter Dasein Hineingehaltensein ins Nichts unter Verneinung der Transzendenz oder — Jaspers — Transzendenz ohne Gott, während der große Däne eine Existenz vor Gott sieht.

Es war für den Laien schwierig, den gut durchgearbeiteten Ausführungen immer zu folgen. In der anschließenden Diskussion konnte jedoch noch manche Frage geklärt werden. F.

Aufklärung eines Vermißten-Falles

Der Suchdienst der Kriminalpolizei beschäftigte sich in der vergangenen Woche mit der Aufklärung eines Vermißtenfalles, der sich nunmehr am vergangenen Samstag als ebenso eigenartig wie selbstverständlich enträtselte. Ein hier wohnhafter junger technischer Angestellter war vor einer Woche spurlos verschwunden. Die eingesetzten Nachforschungen und Ermittlungen blieben ohne Erfolg. Auch für den Arbeitgeber blieb dieses plötzliche Verschwinden eines seiner tüchtigsten und unbescholtensten Angestellten ein völliges Rätsel. Da erschien am letzten Samstag der junge Mann wieder bei seiner Dienststelle. Er war in Freiburg gewesen, um die Meisterprüfung abzulegen. Als Grund für sein geheimnisvolles Verschwinden gab er an, daß man ihm möglicherweise die erforderliche Freizeit zur Ablegung seiner Prüfung nicht gewährt haben würde.

Der Handharmonika-Spielring zog Bilanz

Der Handharmonika-Spielring hielt am vergangenen Mittwoch im „Gasthaus zum Grünen Baum", seine diesjährige Jahres-Hauptversammlung ab. Nach der Eröffnung der Versammlung gab Schriftführer H. Weber einen Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr, das, wie er ausführte, für den Spielring in jeder Hinsicht einen vollen Erfolg brachte. Anschließend erfolgte die Entlastung des seitherigen Vorstandes, sowie die Neuwahl der neuen Vorstandsmitglieder. Der als erster Vorsitzende gewählte W. Schäfer gab im weiteren Verlauf des Abends die Ziele und Aufgaben bekannt, die für die weitere Aufbauarbeit nicht nur im engeren Rahmen, sondern für den Handharmonikagedanken allgemein notwendig sind, bekannt. Mit dem Dank aller Anwesenden an den Dirigenten und musikalischen Leiter des Handharmonika-Spielring Baden-Baden, Willy Schindler, fand die Versammlung ihren Abschluß. Ri.

Mit Kartoffeln vorsichtig haushalten, denn sie müssen, wie das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung nochmals erwähnt, bis zum 31. Juli 1948 ausreichen. Nach Ausgabe der Einkellerungsraten ist mit weiteren Zuteilungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu rechnen.

Theater in der Krise / Ergebnislose Diskussion vor Mitternacht

Der vom Kulturrat veranstaltete Diskussionsabend über Fragen des modernen Theaters war eine verunglückte Angelegenheit. Gewiß, er ließ sich — mit der im „Roten Saal" anscheinend traditionellen viertelstündigen Verspätung — recht erfreulich an, denn Dr. Gert Buchheits Referat war klar durchdacht und vorzüglich formuliert, hatte wirklich Wesentliches zu sagen. Der Redner sieht im Theater — mit Schiller — das Institut, in dem gezeigt wird, wie man, auch und erst recht heute, sittlichen Willens ein Leben der Schönheit führen kann. Am gegenwärtigen Theaterleben erkennt er wenig Positives. Neurotische Bevorzugung ausländischer Stücke, Mangel an Zivilcourage der Dichter sowohl als der Intendanten, Gefühlsschlamperei, verbohrte Ideologien und geistiger Dilletantismus gefährden den Glauben an den wahren Sinn der Theaterkunst, die einen aristokratischen Charakter habe. Am Beispiel Sartres zeigte Dr. Buchheit einige bedenkliche Symptome des gegenwärtigen Bühnenschrifttums auf. — Wäre es nach diesem Vortrag zur Diskussion gekommen, hätte sie vielleicht Früchte tragen können. Stattdessen sprach Dr. Rudolf Köppler über ein an sich schon unklar formuliertes Thema in sehr anspruchsvollen und intellektuell klingenden Wendungen, die aber die Aufmerksamkeit der Hörer auf eine harte Probe stellten und, wo sie durchhielt, von ihr sehr schnell als, nicht einmal schöne, Illusion entlarvt wurden. Durchaus nicht zu begreifen ist endlich, weshalb die Veranstalter den Rahmen eines Diskussionsabends endgültig dadurch sprengten, daß sie nun einen Dramatiker Szenen aus seinen Stücken lesen ließen. Rudolf Jungnickel ist ein zwar sehr junger aber begabter Dichter, den man gerne gelegentlich eines ihm allein gewidmeten Abends vernommen hätte, nicht aber als Zugabe in vorgerückter Stunde. Jungnickel, der die „Junge Bühne" in Boppard leitet, las aus seinem Konradindrama und aus der Tragödie „Kleists Tod". Beide Stücke sind in teils gereimten Jamben geschrieben, haben starke Stellen, streifen aber manchmal bedenklich ans Sentimentale und Schwülstige. Weder ist er charakteristisch für das moderne Drama, noch darf man ihn so abtun, wie dies einer der arrivierten Diskussionsredner für nötig befand. Die Diskussion (die kurz vor 23 Uhr begann!) wäre übrigens total verunglückt, wenn Herbert Tjadens nicht Gewandtheit und Humor genug besessen hätte, mit jenem geistigen Band zu jonglieren, das leider dem Programm des Abends wie auch dem Wechselgespräch mangelte. Die anwesenden Theaterleute werden sich mit Recht gesagt haben: Wenn es in einem immerhin auserlesenen Gremium so wenig Leute gibt, die uns auf unsere Fehler hinweisen und sagen können, wie es besser zu machen wäre, dann wird es mit den Fehlern nicht so schlimm und mit dem Bessermachen nicht so einfach bestellt sein . . .

Unsere Meinung deckt sich mit der Dr. Buchheits: Nie war es notwendiger, das Verhältnis des Menschen zu dem alles bedingenden sittlichen Zentrum klarzumachen als gerade heute, wo das Zentrum gefährdet ist. Nur wer dem Menschen im Elend helfen will, wird zeitnahes und zugleich ewiges Theater schaffen. —loh—

Huldigung an den Fürsten der Musik

Erstaufführung von Strawinskys Capriccio

Im zweiten Band seiner Lebenserinnerungen schreibt Igor Strawinsky ausführlich über die Entstehung und den Charakter seines Capriccios für Klavier und Orchester, das am Sonntagnachmittag zum erstenmal im öffentlichen Sinfoniekonzert des Südwestfunks aufgeführt wurde. Die drei Sätze des Werkes bestehen aus kleinen verschiedenartigen Episoden kapriziösen Gepräges, von dem das Stück seinen Namen herleitet. Für solch einen Stil war nach Strawinsys Ansicht vor allem Carl Maria von Weber vortrefflich geeignet, den er als „Fürsten der Musik" verehrte und sich bei der Konzeption des Capriccios zum Vorbild nahm. In dieser ebenso geistreichen wie kunstvollen Arbeit wurden romantische Phantasien in die Sphäre eines rein spirituellen Klangspiels erhoben, das höchster Bewunderung wert ist.

Die Wiedergabe dieses Klavierkonzerts erfordert einen Solisten, der nicht nur große manuelle Geschicklichkeit besitzt, sondern auch mit Strawinskys Anschlagtechnik vertraut ist. Monique Haas, die in Deutschland schon als Pianistin von Rang bekannt ist, spielte den Klavierpart durchsichtig, anmutig, fast grazil, mit dem unwiderstehlichen Reiz ihrer Persönlichkeit, die alle bestrickt. Wer aber einmal Strawinsky selbst die Töne mit maschineller Präzision aus dem Instrument herausschlagen hörte, weiß Bescheid, wie das Capriccio eigentlich vorgetragen werden muß, um die richtige Wirkung zu erzielen.

Als Gastdirigent übertraf Hans Schmidt-Isserstedt (Hamburg) alle Erwartungen, zu denen seine Leistungen im Jubiläumskonzert des Südwestfunks Ende März vorigen Jahres berechtigt hatten. Sein Programm begann diesmal mit der herrlichen Jugendsinfonie in A-Dur K. V. 201 von Wolfgang Amadeus Mozart, die in einer auffallend kleinen Besetzung mit unnachahmlicher Eleganz, bezauberndem Wohllaut und ungewöhnlicher Gelöstheit bei größter Exaktheit gespielt wurde. Nach der Pause zeichneten sich Dirigent und Orchester durch eine stürmisch beklatschte Aufführung von Tschaikowskys 5. Sinfonie aus, die klangschön und schwungvoll wiedergegeben wurde, wenn auch dem Walzer der verführerische Zauber der mondänen Welt fehlte und dem Finale alles Überschwengliche und Orgiastische genommen wurde, mit dem besonders slawische Kapellmeister aus dem Schlußsatz unheimliche Effekte, ja geradezu dämonische Kräfte ziehen. Gh. Bh.

Neue Werke im Sinfoniekonzert

Am Sonntag spielt das Große Orchester des Südwestfunks die Uraufführung des „Divertimentos für Orchester" von Karl Sczuka, der sein neues Werk im Auftrag des Südwestfunks komponierte. Das Programm enthält außerdem die Ouvertüre zu „Die schöne Melusine" von Mendelssohn-Bartholdy, die dritte Brahms-Sinfonie und als Erstaufführung das Konzert für Violine und Orchester von Jean Hubeau. Leitung: Gotthold Ephraim Lessing. Solist: Henry Merckel. Die Veranstaltung findet um 17 Uhr im Großen Bühnensaal statt.

Tagesgeschehen – kurz berichtet

Die Militär-Vers.-Renten werden beim hiesigen Postamt am 29. und 30. Januar gezahlt. Die Auszahlung der Invaliden-Renten erfolgt am 31. Januar und der Unfall- und Angestellten-Renten am 2. Februar. Pünktliche Abhebung ist dringend erforderlich.

Universitätsprofessor Dr. med. Falkenburger (Mainz) spricht am Mittwoch, 20.30 Uhr, im Kleinen Bühnensaal des Kurhauses über „Das Problem der Urbevölkerung Amerikas".

Ein Klavier-Abend mit dem jungen Pianisten Willy Gaeßler findet im Roten Saal des Kurhauses am Donnerstag, den 5. Februar, 20 Uhr, statt. Werke von Joh. Seb. Bach werden zum Vortrag gebracht, darunter Präludium und Fuge aus dem „Wohltemperierten Klavier", Suiten und die Chromatische Fantasie und Fuge.

Die Katholische Arbeitsgemeinschaft setzt am Montag, 2. Februar, um 20 Uhr, im Kloster z. Hl. Grab den Arbeitskreis „Das Meßopfer der Kath. Kirche" fort. Jetzt beginnt der zweite Teil, der mit Lichtbildern „Die heutige römische Meßfeier" behandelt. (Ref.: Dr. Gerard Müller).

Der Verband der Körperbeschädigten, Invaliden und Hinterbliebenen — Selbsthilfeorganisation e. V., Baden-Baden-Altstadt hielt im Sitzungssaal des Rathauses eine gut besuchte Versammlung ab. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden Vogt, gab Kamerad Sattler einen ausführlichen Bericht und trug die Sorgen und Wünsche der Kriegsbeschädigten vor. Seine Ausführungen berührten alle wesentliche Punkte, die auch bereits anläßlich einer Versammlung der Gruppe Lichtental — über die bereits berichtet wurde — angeschnitten wurden.

Unterricht über „Erste Hilfe" findet jeweils Dienstags um 20 Uhr im Frauenvereinshaus, Lichtentaler Straße 64 c statt. Männer jeden Alters können, wie das Badische Rote Kreuz schreibt, daran teilnehmen.

Den Nacht- und Sonntagsdienst der Apotheken versieht vom 31. Januar bis 7. Februar die Kronen-Apotheke in Lichtental.

Seinen 80. Geburtstag begeht am 2. Februar Albert Braun, Maschinist i. R., Geroldsau, Rehgartenweg 8.

Nachbarorte melden

Ab 30. Januar wird der Durchgangsverkehr auf der Eisenbahnstrecke Rastatt—Baiersbronn wieder aufgenommen. — Das Rastatter Volksbildungswerk eröffnete eine Buchhandlung. — Die Forbacher Kirche erhielt ihre 140 Zentner schwere Glocke wieder zurück. — Die Hochwasserschäden im Kreis Bühl belaufen sich auf 240 000 Mark. — Das Badische Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung gab bekannt, daß durch das Hochwasser im Kreis Kehl keine Schäden an gelagerten Kartoffeln eingetreten sind. — Der Offenburger Polizei fielen bei nächtlichen Gepäckkontrollen auf den Bahnsteigen eine beträchtliche Menge Tauschgegenstände in die Hände. — Die von Radio Stuttgart verbreitete Nachricht, wonach in Helmlingen der aus den Hausschlachtungen abgeführte Speck bei Metzgern verderbe, weil er nicht abgeholt wird, entspricht nicht ganz den Tatsachen. Der Speck ist nach einer Mitteilung des dortigen Bürgermeisters am 19. Januar abgeholt worden. „Er war nicht mehr ganz frisch, aber kaputt war er noch nicht".

BÜROKRATIE

Hugo hat ein Wort nötig. Er möchte gerne wissen, wie man „Bürokratie" schreibt. Nun hat Hugo kein Lexikon. Da er sich kein Lexikon kaufen möchte, beschließt Hugo, in die städtische Bücherei zu gehen und dort im Lexikon nachzusehen.

Hugo kommt in die städtische Bücherei. Vor dem Tor mustert ihn mißtrauisch der Portier. „Wohin?", fragt er. „In die städtische Bücherei." — „Geradeaus. Mittelster Gang. Rechte Tür."

Hinter der rechten Tür steht schon wieder einer. Der ruft: „Schirme und Stöcke sind abzugeben!" — „Verzeihen Sie," sagt Hugo, „ich will nur einen Sprung — ich will nur etwas nachsehen — ich komme sofort zurück." — „Schirme und Stöcke sind abzugeben!". „Aber ich beabsichtige doch nur —" „Vorschrift ist Vorschrift! Hier ist Ihre Marke!"

Hugo wird der Schirm aus der Hand gerissen. Eine Marke wird ihm in die Hand gedrückt. Dann darf Hugo weitergehen, den mittelsten Gang entlang, der mittelsten Tür zu. Da stößt wieder einer auf ihn zu. „Wohin?" — „In die städtische Bücherei." „Was wollen Sie da?" — „Ich möchte etwas nachsehen. Ein Wort im Lexikon." — „Sie wollen also im Lexikon etwas nachlesen?" „Ja." — „Lesesaal zweiter Stock, dritte Tür rechts."

Hugo steigt in den zweiten Stock und wendet sich der dritten Tür rechts zu. Der Mann am Eingang hält ihn auf. „Ihren Ausweis!" — „Was für einen Ausweis?" — „Ihre Lesekarte!" — „Ich habe keine Lesekarte." „Ohne Lesekarte dürfen Sie hier nicht herein. Lesekarten bekommen Sie im dritten Stock, vierte Tür rechts!"

Hugo klettert in den dritten Stock. Er muß zwanzig Minuten warten, dann ist er an der Reihe. „Sie wünschen?" — „Ich möchte eine Lesekarte haben." — „Für ein Jahr?" — „Nein. Für einen Tag." — „Für wann?" — „Für heute." — „Das geht nicht." — „Warum nicht?" — „Tageskarten werden nur vormittags zwischen zehn und elf Uhr ausgestellt." — Hugo wird leise unruhig. Er sieht den Beamten kopfschüttelnd an. „Warum ist dann hier geöffnet?" — „Wir haben nur offen für Leute, die dringend eine Karte brauchen." — „Ich brauche dringend eine Karte!" „Dann müssen Sie einen Dringlichkeitsantrag stellen," bekommt er zur Antwort, „Dringlichkeitsformulare für Anträge bekommen Sie fünfter Stock, zehnte Tür links. Dem Antrag ist beizufügen: Geburtsschein, Einwohnermeldeschein, letzte Bürgersteuerquittung und Unbescholtenheitszeugnis."

„Aber verehrter Herr!" schrie jetzt Hugo erbost, „ich will doch hier nicht Ehrenmitglied werden! Ich will doch nur ein Wort im Lexikon nachsehen, ein einziges Wort!" „Dazu brauchen Sie doch keine Lesekarte!" „Aber der Beamte im Lesesaal —" „Was wollen Sie denn im Lesesaal? Sie wollen doch nicht das Lexikon lesen, sondern nur im Lexikon etwas nachsehen. Das können Sie auch ohne Lesekarte im etymologischen Kabinett, Erdgeschoß, Tür A."

Hugo schleicht wieder die Treppen zum Erdgeschoß hinunter. Bei dem Kabinett A steht keiner vor der Tür. Hugo kann ungehindert eintreten und tritt zum Schalter. „Kann ich ein Lexikon haben?" „Da müssen Sie erst einen Antragsschein unterschreiben." Hugo unterschreibt den Antragsschein. Der Beamte stempelt „genehmigt" darauf und schiebt Hugo einen Zettel hin. „Schreiben Sie Ihre Wünsche auf den Bücherzettel!"

Hugo füllt den Bücherzettel aus. Er schreibt: ein Lexikon. Hugo gibt den Zettel ab. Hugo bekommt dafür eine Nummer. „Ihre Nummer wird aufgerufen. Warten Sie auf der Bank. Hugo hat die Nummer 234. Der Beamte ruft gerade auf: „Nummer 27 bis 32!"

Nach einer Stunde hört Hugo: „Nummer 234 bis 244!" Hugo eilt zum Schalter. Hugo erwartet sein Buch. Aber Hugo erhält nur seinen Zettel zurück. Darauf steht: „Nähere Angaben fehlen!" — „Wieso?," fragt Hugo. „Sie müssen angeben, was für ein Lexikon Sie wünschen. Wir haben das Konversationslexikon, daß Glossarlexikon, das Idiotiklexikon, das etymologische Lexikon, das Synonymenlexikon, dazu noch zweihundert Spezialwörterbücher. Der nächste Herr bitte!" „Das ist mir zu hoch!" schreit Hugo wütend, „ich will doch nur ein gewöhnliches Wörterbuch, weil ich nachsehen will, wie ein Wort geschrieben wird!" — „Dazu genügt ein orthographisches Wörterbuch." „Freilich!" meint Hugo.

Hugo gibt einen neuen Zettel ab. Hugo bekommt diesmal die Nummer 987. Hugo muß jetzt zwei volle Stunden warten. Endlich aber erhält er sein Wörterbuch. Und Hugo macht sich auf die Suche nach dem Wort „Bürokratie." Bälgetreter — Bratäpfel — Buntschuh — Bunker — Bunze — Bürde — Bürste —. Hugo liest wieder zurück nach vorn. Und wieder von vorn nach hinten. Das Wort Bürokratie ist nicht vorhanden.

Hugo trägt das Buch zurück. „Hier fehlt etwas! Das Wort Bürokratie steht nicht darin!" — „Das gibt es nicht" sagte der Beamte und schaut Hugo mißtrauisch an, „geben Sie das Buch her — hier fehlt ja ein ganzes Blatt!!" — „Sehen Sie!", sagt Hugo stolz, weil er recht hat. Er hätte nicht stolz sein sollen. Der Beamte durchbohrt ihn mit den Augen. „Wann haben Sie sich das Buch ausgeliehen?", fragte er streng. „Jetzt werden Sie ulkig! Sie haben mir das Buch doch selber gegeben!" — „Ich arbeite nur nach Zettel und Nummer! Wann also haben Sie das Buch entliehen?" — „Vor zehn Minuten." — „Dann müssen Sie den Band ersetzen! Beschädigungen müssen sofort nach Empfang gemeldet werden. Sie haben sich durch Unterschrift des Antragsscheines den Bedingungen unterworfen. Wo kämen wird denn hin, wenn jeder Mensch sich eine Seite herausreißen wollte! Was möchten Sie sagen, wenn Sie ein Buch erhalten und gerade die Seite fehlt, die Sie interessiert??"

Hugo sagt garnichts. Hugo sieht rot und geht los. Als Hugo wieder zu sich kommt, sitzt er im Gefängnis. Vor ihm steht der Wärter: „Haben Sie einen Wunsch? Schreibmaterial? Bücher?" „Ja," sagt Hugo und seufzt tief, „geben Sie mir schnell ein Lexikon."

Eine Minute später hielt Hugo das Lexikon in der Hand und las: „Bürokratie — eine von Spöttern erfundene Bezeichnung für einen nicht vorhandenen Zustand umständlicher Amtshandlungen."

Jo Hanns Rösler

„Wenn die großen Unterdrücker fehlen, kann der Weg zur Sklaverei auch über Behörden und Ämter führen — mitten in der schönsten Formaldemokratie. Noch ist es Zeit, den Mund aufzumachen und Alarmrufe auszustoßen, ehe man uns mit Aktenpapier und Karteiblättern erstickt."

Eugen Kogon in den „Frankfurter Heften".

Für die Freundschaft zweier Menschen ist es notwendig, daß einer Geduld übt.

Indisches Sprichwort

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Sportbericht

Sonntagmorgens Sportverbot?

Zu unserem Artikel „Stört der Sport die Kirche?" ging uns von K. Sp. aus Nordrach eine Stellungnahme zu, die einer weiteren Verbreitung wert ist. Wie wir bereits berichteten, befaßte sich der Landtag mit einer Gesetzesvorlage, nach der „zum Schutz der Sonn- und Feiertage" auch Sportveranstaltungen in Zukunft untersagt werden sollen. Die entsprechende Regierungsvorlage wurde in der letzten Landtagssitzung wieder an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Am 4. 2. wird endgültig in Freiburg entschieden, inwieweit dem südbadischen Sport Beschränkungen auferlegt werden sollen. K. Sp., der selbst bei der Landtagssitzung zugegen war, in der das Gesetz zur Regelung der Sonntag- und Feiertagsruhe behandelt wurde, schreibt uns u. a.:

Erinnert sich die BCDU daran, daß im Programm ihrer Hamburger Schwesterpartei steht: „Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten", so können alle badischen Sportler begründete Hoffnung haben, daß ihrem Sportbetrieb am Sonntagmorgen keine unnötigen Fesseln angelegt werden.

Auf Antrag eines Landtagsmitgliedes wurde in der letzten Landtagssitzung bei der Vorlage des Gesetzes zum Schutz der Sonn- und Feiertage akzeptiert, daß das Innenministerium Ausnahmebewilligung auch für Sport erteilen kann. Dies war angesichts der ersten, für den Sport so düsteren Regierungsvorlage ein Lichtblick für die Sportler, die sich dennoch in ihrer individuellen Freiheit gefährdet sahen. Das Gesetz soll ja die Ruhe des Sonntags im Hinblick auf die Gottesdienste garantieren. Nunmehr scheinen aber die Fraktionen der DP und der SP zu der richtigen Ansicht gekommen zu sein, daß durch den in erster Lesung angenommenen Gesetzentwurf die Sportler unnötig ins Hintertreffen kommen mußten, da ja die meisten großen Sportplätze, Schwimmstadien, Aschenbahnen, Wintersportsprungschanzen und Abfahrtsstrecken so weitab vom nächsten Gotteshause liegen, daß keineswegs eine Störung der Sonntagsruhe oder gar der Gottesdienste eintreten kann. Wohl aus diesen Erwägungen heraus stellte die SP den Abänderungsantrag bei § 7 Abs. 1 der Regierungsvorlage, die damit sinngemäß folgende Fassung erhalten soll: „Bis zum Ende des ortsüblichen Gottesdienstes ist verboten, Sport jeder Art in der Nähe von dem Gottesdienst dienenden Gebäuden", und die DP stellte Abänderungsantrag auf die Fassung: . . . verboten . . . „ruhestörende sportliche und turnerische Veranstaltungen in der Nähe von den, dem Gottesdienst dienenden Gebäuden". — Beide Anträge tragen dem Sinne und Zwecke der Regierungsvorlage Rechnung, ohne aber in die Belange des Sports mehr einzugreifen als unbedingt notwendig. Eine Fassung, die bei Annahme durch den badischen Landtag wirklich für eine fortschrittliche, demokratische und moderne Denkungsweise der Abgeordneten sprechen würde.

Aber wie schon gesagt, die Entscheidung wird erst am 4. 2. fallen, da das ganze Gesetz auf Antrag von Herrn Dr. Zürcher (BCDU) an den Rechtspflegeausschuß zurückverwiesen wurde. Dieser Sprecher der CDU betonte, daß es nicht zu übersehen sei, ob die beantragten Textänderungen (auch zu § 1, § 6 und §8 wurden Änderungsvorschläge eingereicht) nicht den Rahmen und Charakter des Gesetzes sprengen würden. Sicherlich kann diese Anmerkung über eine „Rahmensprengung" sich nicht auf die Abänderungsanträge des § 7 beziehen, da die Formulierungen der SP wie der DP so sind, daß der Sport ja dort wo es im Interesse der Ruheerhaltung während des Gottesdienstes nötig ist, Einschränkungen unterworfen bleibt; aber dort, wo keinerlei Störung der Gottesdienste auftreten kann, ungehinderte Ausübung sichergestellt ist. Eine Formulierung also, die annehmbar für beide Interessenten erscheint.

Wir wollen nur hoffen, daß sich alle Landtagsfraktionen auf diese Regelung einigen werden, die der Kirche, wie auch dem Sport an Rechten gibt was nötig, aber auch an der Freiheit nicht mehr abschneidet wie im Interesse der Sonntagsruhe tatsächlich nötig ist. Sicherlich würde mancher Disput erspart bleiben, wenn sich die Parteien auf einer gleichen Ebene finden könnten und würden viele Aktive und Passive dann von dem bösen Alptraum einer unverständlichen sportlichen „Fesselung" und „Knebelung" befreit werden.

Der Kampf um die Punkte

Zonenliga Nord: SG Gonsenheim—SV 05 Saarbrücken; Spvgg Andernach—FSV Mainz 05; VfL Neustadt—Wormatia Worms; Spvgg. Neuendorf—VfB Neunkirchen; 1. FC Saarbrücken—FSV Trier-Kürenz; SG Völklingen—Phönix Ludwigshafen.

Süddeutsche Oberliga: SV Waldhof—TSG Ulm 46; Vikt. Aschaffenburg—VfR Mannheim; VfB Stuttgart—Schwaben Augsburg.

Kreisklasse Staffel Rastatt: Scherzheim—Steinmauern.

Bezirks- und Kreisklasse: keine Spiele (Beginn der Nachrunde am 8. bezw. 15. II.)

Jugendmeisterschaft: Muggensturm—Bischweier.

Um die Alpine-Kombination

Ski-Bezirksmeisterschaften an der Hundseck

Am Sonntag führt der Bezirk I des Landesausschuß Skilauf seine Bezirksmeisterschaften in der alpinen Kombination durch. Die Veranstaltung, die sich aus Abfahrslauf und Torlauf zusammensetzt, wird vom Ski-Club Baden-Baden an der Hundseck (Nordschwarzwald) ausgerichtet.

Der Abfahrtslauf findet bei günstigen Schneeverhältnissen auf der neuen Strecke bei der Badener Hütte statt. Start ist um 10 Uhr auf dem Pfriemackerkopf. Das Ziel ist unmittelbar an der Badener Hütte. Die besten Läufer des Abfahrtslaufes erhalten die Startberechtigung zum Torlauf, der um 13 Uhr an der Hundseck beginnt. Hier fällt dann die Entscheidung um den Titel des Bezirksmeisters in der Alpinen Kombination.

Der Ski-Club Baden-Baden hat für eine Mannschaftswertung der Vereinsmannschaften im Abfahrtslauf einen Wanderpreis gestiftet. Dieser Wanderpreis, der erstmalig 1948 ausgefahren wird, soll in den folgenden Jahren als Veranstaltung für sich auf der Strecke bei der Badener Hütte durchgeführt werden.

Da die Meisterschaften die ersten ihrer Art nach dem Kriege sind, wird die Frage nach dem voraussichtlichen Sieger bis zum Sonntag offen bleiben müssen. Bei den jetzt im Nordschwarzwald ausgetragenen Torläufen, die man zum Vergleich heranziehen kann, lag die Entscheidung jedes Mal zwischen Ski-Club Baden-Baden und Bühlertal; aber auch aus Bühl, Achern, Forbach und Kappelrodeck sowie den anderen Vereinen des Bezirks I wird starke Beteiligung erwartet, sodaß die Möglichkeit einer Überraschung offen bleibt.

Wie uns vom Veranstalter mitgeteilt wird, sind die Schneeverhältnisse so gut, daß die Läufe bestimmt stattfinden.

Cerdan schlägt Manca ko.

Im Pariser Sportpalast schlug am Montagabend der französische Europa-Boxmeister im Mittelgewicht, Marcel Cerdan, den italienischen Meister Giovanni Manca, in der zweiten Runde K.o.

Cerdan will Anfang Mai in Ostende, Brüssel oder Antwerpen seinen Titel gegen den holländischen Meister Luc van Dam verteidigen.

Wie Lucien Rupp, der Manager Marcel Cerdans, in New-York bekannt gab, ist Marcel Cerdan bereit, am 26. März im New-Yorker Madison Square Garden gegen den amerikanischen Mittelgewichtler Lavern Roach, anzutreten.

Radsport

Der Rad- und Kraftfahrerbund Baden, der den Radsport in Bahn- und Straßenrennen, Kunst- und Reigenfahren, sowie in Radball und Radpolospielen fördern will, wurde kürzlich lizenziert.

Olympia-Notizen

Den größten Schneefall seit 15 Jahren mit 60 cm innerhalb 24 Stunden verzeichnete St. Moritz vor wenigen Tagen, so daß alle Voraussetzungen für einen günstigen Ablauf der 5. Olympischen Winterspiele gegeben sind. Nur die Bob- und Sceleton-Fahrer mußten ihr Training aussetzen, da die Bahnen erst wieder freigeschaufelt werden mußten.

Zwanzig Wochenschau-Unternehmen aus zehn Ländern haben ihre Berichter nach St. Moritz geschickt, unter ihnen befinden sich die bekanntesten britischen, amerikanischen und französischen Wochenschauen. Ferner sind vertreten: Holland, Island, Italien, Norwegen, Schweden, Ungarn und die Schweiz. Für die englischen und amerikanischen Televisionssendungen arbeiten spezialisierte Filmtrupps. Neun Produzenten stellen Dokumentarfilme von den V. Olympischen Winterspielen her: Frankreich (1), Italien (2) und die Schweiz (6).

Die Sonderbriefmarken für die Olympischen Winterspiele sind Mitte Januar erschienen. Es sind vier Werte von 5, 10, 20 und 30 Rappen. Einem Wunsche vieler Sportfreunde und Markensammler Rechnung tragend, hat sich das schweizerische Olympische Komitee entschlossen, als Ersatz für Blocks mit allen vier Wertzeichen ein Erinnerungsblatt herauszugeben.

Pokalspiele beherrschen das Fußballprogramm

Die letzten 18 Vertreter des Pokalwettbewerbs in Südbaden (Fußball) stehen sich am Wochenende in den Spielen der zweiten Zwischenrunde gegenüber. Es spielen: SC Baden-Baden—VfC Konstanz; SV Emmendingen—SV Ötigheim; ASV Schopfheim—Offenburger SV; ASV Villingen—SV Radolfzell; Eintracht Singen—VfR Stockach; SV Rastatt—VfL Freiburg; Spvgg. Ottenau—Blau-Weiß Freiburg; Fortuna Freiburg—SV Fahrnau; SV Gutach—SV St. Georgen.

Der Sportbezirk Baden-Baden brachte seine beiden Vertreter der Landesliga Ottenau und Baden-Baden, den Zonenligisten SV Rastatt und schließlich den Bezirksklassenverein Ötigheim in die zweite Pokalzwischenrunde.

Während Ötigheim in Emmendingen sicherlich auf verlorenem Posten stehen dürfte, gehen die restlichen Mannschaften nicht ohne gewisse Aussichten in diese vorentscheidenden Kämpfe. Die Spvgg. Ottenau hat es mit Blau-Weiß Freiburg zu tun, das bei der Neuordnung der Spielklassen in die Bezirksklasse abrutschte, aber inzwischen merkbare Fortschritte erzielte. Der Elan der Murgtäler dürfte bei diesem Spiel entscheidend sein.

In Rastatt stellt sich der VfL Freiburg vor, der bislang in der Zonenliga Süd keine besonders glückliche Figur abgab.

Die schwerste Aufgabe hat unstreitig der SC Baden-Baden zu lösen, bei dem der vorjährige Südzonenmeister VfL Konstanz seine Visitenkarte abgibt. Wohl hatten die „Seehasen" heuer einen schlechten Part in der Meisterschaft, doch verbesserten sie Woche um Woche ihre Form und verstanden es darüber hinaus, ihre Elf durch einige Spieler erheblich zu verstärken. Der Ex-Berliner Schönbeck ist nun ihr vielumjubelter Cerberus. Die neuformierte Fünferreihe der Kurstädter, die in 4 Spielen 36 Tore zusammenschoß, brennt darauf, auch vor einem größeren Gegner zu bestehen. Gelingt es den Schwarz-Roten, ihre Lücke in der Deckungsreihe zu schließen, werden sie einen fast gleichwertigen Gegner abgeben können.

Freundschaftsspiele: Rotenfels—Muggensturm; Sinzheim—Illingen; SC Baden-Baden II— Phönix Durmersheim I.

Auch in Südwürttemberg Pokalspiele

Die südwürttembergischen Fußballvereine spielen am Sonntag die letzten Teilnehmer der Pokalrunde Gruppe Nord aus, während die erste Hauptpokalrunde auf den 7. März festgelegt wurde. Die Paarungen lauten: SV Pfullingen—SSV Reutlingen; SV Schramberg—VfL Schwenningen; SV Balingen—SSV Trossingen; SV Gosheim—SV Tuttlingen; SV Tailfingen—SV Ebingen; SV Mössingen—SV Tübingen; SV Göttelfingen—SV Freudenstadt.

Buntes Welt-Echo

BERLIN — Die Berliner Sekretärin Ursula Bauer, die zusammen mit ihrem Bruder 18 Millionen Dollar von einer in den USA verstorbenen Verwandten geerbt hat, kann die beabsichtigte Reise nach Amerika zur Übernahme ihrer Erbschaft nicht antreten da sie kein Einreisevisum nach den USA erhalten hat. Es ist sogar möglich, daß die 18 Millionen als deutsches Guthaben betrachtet und nach dem Kontrollratsgesetz der Reparationskommission zur Verfügung gestellt werden.

AMBERG — Ambergs Bürgerschaft hat den Stadtrat beim bayrischen Verwaltungsgerichtshof verklagt. Der Oberbürgermeister hatte jede öffentliche Kritik an den von ihm getroffenen Maßnahmen untersagt und erklärt, die Bevölkerung habe kein Recht, gegen Beschlüsse des Stadtrates Stellung zu nehmen.

MÜNCHEN — Aus der Münchner Großmarkthalle sind 60 000 kg Äpfel, die als Weihnachts-Sonderzuteilung für Kinder gedacht waren, spurlos verschwunden.

CHEMNITZ — Der 66jährige Bernhard Oehme aus Chemnitz hat seine 62jährige Schwester erdrosselt und dann verzehrt. Diesem Kannibalismus kam man anläßlich einer Haussuchung bei Oehme auf die Spur, wo die Polizei einen Eimer und mehrere Töpfe mit eingesalzenem Menschenfleisch entdeckte. Der Mörder hatte bereits größere Mengen davon verzehrt. Den Kopf und die Gliedmaßen des Opfers fand man im Keller; aus ihnen wollte Oehme Seife herstellen. Während des Verhörs bat Oehme einen Polizeibeamten, ihm ein Stück Fleisch zu bringen: „Sie brauchen es nicht erst zu kochen. Ich esse es so, wie es ist."

PRAG — In einer landwirtschaftlichen Versuchsstation der Tschechoslowakei will man eine Sorte Frühkartoffeln gezüchtet haben, die roh wie Äpfel schmecken und gekocht wie Butter auf der Zunge vergehen.

BUDAPEST — Ein ungarischer Arzt will ein Präparat gefunden haben, das Tiere gegen Tuberkulose immun macht.

ROM — Die römische Polizei konnte nach langen Bemühungen eine Diebesbande ausheben, die seit einem halben Jahre unter den Augen der Bahnpolizei den Hauptbahnhof in Rom unsicher gemacht hatte. Es stellte sich heraus, daß die Bahnpolizisten selbst die Diebe waren.

NEAPEL — Durch einen in wochenlanger Arbeit vorgetriebenen Tunnel wurden aus einem großen Vorratslager in Neapel Kisten mit nicht weniger als 530 000 künstlichen Zähnen gestohlen.

TOKIO — Ein Inspektor des städtischen Gesundheitsdienstes von Tokio sprach bei einer Bank vor und erklärte dem Direktor, daß er gekommen sei, um die Räume des Bankgebäudes wegen der augenblicklich wütenden Ruhrepidemie zu desinfizieren. Er forderte den Direktor mit seinem Personal — insgesamt 16 Mann — auf, unverzüglich ein Vorbeugungsmittel einzunehmen, das er ihnen in einem Fläschchen anbot. Die Belegschaft samt ihrem Direktor nahm gehorsam das Mittel ein. Kurze Zeit später wanden sich die Bankangestellten in heftigen Krämpfen, die elf von ihnen das Leben kostete. Der angebliche Inspektor war ein gefährlicher Gangster. Er raubte die Safes der Bank aus und entfloh.

NEW YORK — In einer Stadt im Staate Oregon wird jetzt das Pflaster einer Verkehrsstraße geheizt, um die Straße auch im Winter für den Verkehr benutzbar zu halten. Man hat Heizröhren unter das Pflaster gelegt, wodurch die Temperatur des Pflasters auch bei großer Kälte dauernd auf 6 Grad über Null bleibt. Darauffallender Schnee schmilzt sofort und Glatteisbildung ist unmöglich.

Wettervorhersage

Aussichten bis Wochenende: Weiterhin mild, teilweise sehr mild, auch mit Tauwetter im Hochschwarzwald, Wechsel zwischen kurzzeitiger Aufheiterung und trübem Wetter mit Regenfällen, zeitweise frisch aus Südwest bis West.

Verlag und Chefredaktion: Karl Heinz Lembke Stellvertretender Chefredakteur: Hermann Leopold Mayer. Politik und Wirtschaft: Erich Peter Feuilleton: Albert Wallat. Sport u. Lokalteil Baden-Baden: Theo Kemper. Anschrift der Redaktion: Baden-Baden. Stefanienstr 1. Telef. 6 2120. — Druck: E. Koelblin K G Baden-Baden

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Amtliche Bekanntmachung über den Handel mit Gemüsesämereien. Die Berechtigung zum Kauf und Verkauf loser Gemüsesämereien und die Berechtigung von Abfüllen derselben ist vom Besitze einer Kennziffer abhängig. Dieselbe wird an folgende Unternehmen und Personen verteilt. 1. An Fachsämenhandlungen, die nur mit Sämereien und artverwandten Handelserzeugnissen, wie Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Gartengeräten u. ä. handeln, über Einrichtungen und geeignete Räume verfügen und deren Inhaber die fachlichen Voraussetzungen erfüllen. 2. An Wiederverkäufer, Gartenbaubetriebe und im Bedarfsfalle an Drogerien und Gemischtwarengeschäfte, die Gemüsesämereien lose beziehen und in Verbraucherpackungen abfüllen können. Alle in Frage kommenden Unternehmen und Personen, die schon im Besitze einer Kennziffer sind, und den Handel mit Gemüsesämereien weiterhin betreiben wollen und solche, die den Handel mit Gemüsesämereien neu aufnehmen wollen, haben einen bis spätestens zum 1. Februar 1948 vom Badischen Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung anzufordernden Meldebogen einzusenden. Weitere Einzelheiten über den Handel mit Gemüsesämereien sind aus der Landesverfügung im Bad. Gesetz- u. Verordnungsbl. v. 14. 1. 48 ersichtlich.

Freiburg, 15. Januar 1948 2-46

Bad. Ministerium d. Landwirtschaft u. Ernährung - I. V. gez. v. Knobelsdorff

Anmeldung betr. Vermögen von Ausländern. Laut Verfügung der Militärregierung von Baden, Chef du Service du Contrôle des Biens vom 20. 1. 1948 Nr. 7112 haben alle Personen, die Eigentümer, Besitzer oder Inhaber (auch ihre Bevollmächtigten) von Vermögen des österreichischen Staates oder österreichischer Staatsbürger sind, dieses Vermögen bei den örtlich zuständigen Dienststellen des Badischen Landesamtes für kontrollierte Vermögen (beim für den Wohnsitz zuständigen Finanzamt — in Freiburg Johann-von-Weerth-Str. 14 —) anzumelden. Dabei ist es unerheblich, auf welche Weise das Vermögen erworben worden ist, ob es den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 52 unterliegt oder nicht. Die Abgabe der Vermögensanmeldung erfolgt unter Benutzung der bei den Dienststellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen erhältlichen Formulare CB/I/2, ohne daß die darin zum Ausdruck gebrachte Vermögenssperre eintritt. Die Frage nach dem Grund der Vermögenssperre (If) ist also nicht zu beantworten. Statt dessen ist an dieser Stelle zu vermerken: Österreichischer Staatsangehöriger seit . . . Gleichzeitig wird daran erinnert, daß ebenfalls alle Eigentümer, Besitzer und Inhaber von alliiertem oder neutralem Vermögen (oder ihre Bevollmächtigten) die gleiche Erklärung abzugeben hatten. Als letzte Frist zur Abgabe der Vermögenserklärungen wird der 28. Februar 1948 bestimmt.

Freiburg i. Br., 22. Januar 1948.

Badisches Landesamt für kontrollierte Vermögen — Dr. Heiland

Anmeldung von Kriegsschäden französischer, alliierter und neutraler Vermögen. Laut Verfügung d. Militärregierung von Baden, Chef du Service du Controle des Biens, vom 22. 1. 48, Nr. 7 140, haben Eigentümer, Besitzer od. Inhaber (auch ihre Verwalter od. Bevollmächtigten) von Vermögen des französ. Staates oder französ. Staatsangehöriger die Schäden anzumelden, welche diese Vermögen inf. d. Krieges bis einschl. 7. Mai 1945 innerh. der französ. besetzten Zone Badens durch Beschädigung, Zerstörung od. sonst. Verlust erlitten haben. Die Anmeldung hat bei den örtl. zust. Dienststellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen (beim für den Wohnsitz zust. Finanzamt —in Freiburg Johann-von-Weerth-Str. 14 —) unter Benutzung der bei den Dienststellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen erhältl. Formulare zu erfolgen. Die Anmeldungen müssen spätestens bis zum 10. 2. 48 bei den Dienststellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen abgegeben sein. Die gleichen Anmeldungen sind unter denselben Voraussetzungen für alliierte und neutrale Vermögen zu machen. Diese Anmeldungen sind in der Zeit vom 11. 2. 48 bis 28. 2. 48 bei d. Dienststellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen einzureichen. Die Anmeldefristen sind pünktl. einzuhalten. Verspätete Anmeldungen können unter Umständen nicht mehr berücksichtigt werden.

Freiburg, den 23. Januar 1948.

Badisches Landesamt für kontrollierte Vermögen: Dr. Heiland.

Öffentliche Mahnung zur Abführung der im Säuberungsverfahren als Geldbußen ausgesprochenen Einkommenskürzungen. Nach der Bekanntmachung vom 9. 11 1946 (Amtsbl. S. 136) sind alle im Säuberungsverfahren verhängten Geldbußen an das Bad. Landesamt für kontrollierte Vermögen abzuführen. Hierzu ergeht diese öffentliche Mahnung. Die Abführungspflicht umfaßt auch die in der Bekanntmachung erwähnten Beträge, die sich bei privaten Unternehmen durch die im Säuberungsverfahren ausgesprochenen Kürzungen von Lohn oder Gehalt ergeben. Dabei sind die Arbeitgeber verpflichtet, die Kürzungsbeträge abzuführen. Kürzungsbeträge, die sich durch Gehalts- oder Lohnkürzungen ergeben, sind innerhalb eines Monats nach Fälligkeit der Gehalts- oder Lohnzahlung abzuführen. Durch die Verordnung Nr. 133 vom 17. 11. 1947 über die Entnazifizierung (Journal Officiel S. 1244) sind die bereits ergangenen finanziellen Sühnemaßnahmen weder aufgehoben noch geändert worden. Die aus diesen Entscheidungen folgenden Einkommenskürzungs-Beträge müssen somit nach der Bekanntmachung vom 9. 11. 1946 auch weiterhin abgeführt werden. Auskünfte über die Abführungspflicht erteilen die Kreisstellen des Bad. Landesamtes für kontrollierte Vermögen. Bei Nichtzahlung werden die Abführungsbeträge aufgrund der Bekanntmachung über die Vollstreckung der im Säuberungsverfahren verhängten Geldbußen vom 1. 8. 1947 (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt S, 176) durch die Finanzämter nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung beigetrieben. 2-45

Freiburg i. Br., den 13. Januar 1948.

Badisches Landesamt für kontrollierte Vermögen - Dr. Heiland

Lebensmittelaufruf. - 1. Zucker. (an Normalverbraucher, Teil- und Vollselbstversorger für Monat Januar, 33. Zut.-Periode). Karte E = 450 g auf Abschnitt 42, 142, 242, 342, 442, 542, 642, 701 je 450 g, Karte Jgd2, Jgd1, K2 = 750 g auf Abschnitt 42, 142, 242, 342, 442, 542, 642, 701 je 750 g. Karte K1, Sgl. = 1250 g auf Abschnitt 42, 142, 242, 342, 442, 542, 642, 701 je 1250 g. **Schwerarbeiter**, Gruppe I = 100 g auf Abschnitt 193, Gruppe II = 200 g auf Abschnitt 289, 293 je 100 g, Gruppe III = 450 g auf Abschnitt 389, 393 u. 397 je 150 g. **Werdende und stillende Mütter** 450 g auf Abschnitt 913.

2. **Kaffee-Ersatz** (an Schwerarbeiter Gr. III, Monat Januar) Schwerarbeiterkarte Gr. III = 100 g auf Abschnitt IX.

Achtung! Eiervorbestellung! Um mit der Ausgabe der Eier bei Anfall sofort beginnen zu können, wird die Vorbestellung in den ersten Tagen des Monats Februar durchgeführt. Verbraucher, die im Besitz einer Eierkarte sind, geben zu diesem Zweck in der Zeit vom 1. 2.—10. 2. 1948 den **Vorbestellabschnitt A** bei ihrem Verteiler ab. Der Einzelhandel wolle die Vorbestellabschnitte aufgeklebt, getrennt nach Altersgruppen zusammen mit einer Aufstellung in doppelter Fertigung mit Angabe des Lieferanten bis zum 15. 2. 48 beim Ernährungsamt abgeben. Formulare können auf Zimmer 9 abgeholt werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur der Vorbestellabschnitt A abgetrennt werden darf.

Die Fleischmarken der 33. Zut.-Periode, Monat Januar, verlieren am 31. 1. 48 ihre Gültigkeit. Metzgereibetriebe rechnen am Montag, den 2. 2. 48, beim Ernährungsamt ab. — **Das Ernährungsamt bleibt am Montag, den 2. 2. 1948, nachmittags für den Publikumsverkehr geschlossen.**

Baden-Baden, den 28. Januar 1948. **Ernährungsamt Baden-Baden**

Waschmittelaufruf Januar 1948. Das Wirtschaftsamt ruft auf die Lebensmittelkarte Nr. 33 (Januar 1948) Seife und Waschmittel auf: **Für Normal-, Teil- und Vollselbstversorger** Sgl., K 1 Abschnitt I 1 Stck. Kinderfeinseife, Abschnitt II 250 g Waschpulver; K 2, Jgd. 1, Jgd. 2, E Abschnitt I 1 Stck. Einheitsseife, Abschnitt II 250 g Waschpulver oder Vorwaschpulver. Tüten sind unbedingt mitzubringen. Die vom Gouvernement Militaire ausgestellten Lebensmittelkarten (doppelte Lebensmittelkarten) haben zum Bezug von Waschmitteln keine Gültigkeit. Die abgetrennten Abschnitte sind von den Verkaufsstellen zusammenhängend, aufgeklebt zu je 100 Stück dem Wirtschaftsamt bis zum 15. Februar 1948 spätestens einzureichen. Weiter macht das Wirtschaftsamt darauf aufmerksam, daß Januar-Abschnitte nach dem 12. Februar 1948 ihre Gültigkeit verlieren.

Baden-Baden, den 27. 1. 1948. **Das Wirtschaftsamt**

Das Wirtschaftsamt B.-Baden kehrt, da die Stromverhältnisse wieder normalisiert erscheinen, ab 2. 2. 1948 bezüglich d. Antragsannahme z. früheren Zeiteinteilung zurück. Danach können Anträge nur gestellt werden an 3 Vormittagen i. d. Woche, u. zw. Montag, Mittwoch u. Freitag von 8.15 — 11.00 Uhr. Es ist beabsichtigt, die Ausgabe von Textilpunktmarken so neu zu regeln, daß jeder Verbraucher im Laufe des Jahres 1948 bestimmt i. d. Besitz v. Bezugsrechten gelangt, falls nicht schon 1947 Zuweisungen in einer Höhe gemacht worden sind, die weitere Forderungen unberechtigt erscheinen lassen. Aus diesem Grunde wird die Antragsannahme f. Textilanträge bis 15. 2. 1948 f. alle Versorgungsberechtigten m. Ausnahme der werdenden Mütter, der Schwerkriegsbeschädigten u. d. neuentlassenen Kriegsgefangenen gesperrt.

B.-Baden, den 28. 1. 1948. **Das Wirtschaftsamt**

Am **Freitag, den 30. Januar 1948, ab 13.30 Uhr** findet in der Wagenhalle der Straßenbahn, Beuernerstr. 23 die Versteigerung von Fundsachen statt.

Städtische Schlachthofdirektion. Am Samstag, den 31. 1. 48, von 8 Uhr ab, wird auf der Städtischen Freibank für die noch nicht belieferten Buchstaben T-U-V-W (neue Haushaltskarte) Fleisch ausgehauen. Bereits abgestempelte Haushaltskarten werden nicht beliefert und zurückgewiesen. Auf Anordnung des Ernährungsamtes müssen für 1 kg Fleisch 500 g Marken abgegeben werden.

Veranstaltungen der Bäder- u. Kurverwaltung B.-Baden

Mittwoch, 4. 2., „DAS MINISTERIUM IST BELEIDIGT" — musikal. Lustspiel in 6 Bildern von Fred Heller und Bruno Engler. Kl. Theater (20—22.30 Uhr; 1-8 Mk.). Außer Miete!

Vortrag Prof. Dr. med. Falkenburger, Universität Mainz, **„DAS PROBLEM DER URBEVÖLKERUNG AMERIKAS"**. Kurhaus, Kl. Bühnensaal (20.30—22 Uhr; 2 und 3 Mk.).

KINO DES WESTENS. Vom 30. 1. 48 — 5. 2. 48 **„DIE PHANTASTISCHE SYMPHONIE"** (La Symphonie fantastique), mit Jean-Louis Barrault, Renée Saint-Cyr, L. Delamare. Das Lebensschicksal des großen Musikers Hector Berlioz. In deutscher Sprache. Werkt. 17.00, 19.00 u. 21.00 Uhr. Sonntags 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr. Jugendfrei.

GOTTESDIENSTE

Stiftskirche. Sonntag, 1. 2. 48: Sexagesimae. 6 hl. Messe; 7 hl. Messe u. Monatskomm. aller Männer u. Jungm.; ³/₄8 Schülersingm; 10 Feierl. Kerzenweihe m. Hochamt; 11 Singm. in d. Klosterkirche z. Hl. Grab; ³/₄12 Christenlehre f. d. männl. Jug. i. d. Klosterk. z. Hl Grab; 3 Versamml. d. 3. Ord. i. d. Stiftsk.; 17¹/₂ Singmesse; 18 Corp.-Christi-Bruderschaftsand. m. Segen; 20 Versamml. d. Männerwerkes u. d. Kolpingsfam. i. Kindergarten des Vinzentiushauses. - Montag: Fest Mariä-Lichtmeß: ¹/₂9 Feierl. Lichtmeßamt f. d. Pfarrgemeinde - Dienstag: Fest des hl. Blasius: ¹/₂8 Schülergottesd.; der Blasiussegen wird am Blasiustag nach allen Gottesd ausgeteilt Mi., 7 Gemeinschaftsm. d. Jgd. Do., 4—7 Beichtgelegenheit, abds. 6—7 Sühne-Betstunde m. Herz-Jesu-Liebeswerk. Freit., Herz-Jesu-Amt m. Segen, Schülergottesdienst, abds. 8 Männerpredigt i. d. Kapelle d. Vinzentiushauses. Sa., abds. 6 Salve-Andacht.

Kloster zum Hl. Grab. Sonntag, ¹/₂9 Uhr Amt m. Pr., abends ¹/₂7 Uhr Herz Jesu-Andacht

Ev. Landeskirche. Sonntag, 1. 2. 48, Altstadt: 9.30 Uhr Hptgtsd., (Kirchenchor), Brandl. Ehrung des Rektors Karl Seith. Einführung der Gemeindehelferin H. Besag. 11.00 Jgdgtsd. i. Gemeindeh., 15.00 Bibelgem. im Gemeindeh.; Lichtental: 9.00 Uhr Gtsd. Gußmann, 10.00 Uhr Gtsd., Gußmann, 11.00 Jgdtsd. 16.30 Uhr Bibelgem. (alles im Kindergarten); Weststadt: 10.00 Uhr Hptgtsd., Boeckh; Oos: 10.45 Uhr Jgdgtsd., 14.30 Uhr Hptgtsd., Boeckh. Mittwoch, 4. 2., Altstadt: 17.00 Bibelst. im Gemeindeh.; Lichtental: 16.30 Uhr Bibelst. im Kindergarten. Donnerstag, 5. 2., Weststadt: 20.00 Uhr Bibelst., Oos: 19.45 Uhr Bibelstunde.

Alt-kathol. Kirche, Gernsbacherstr. Sonntag ¹/₂10 Uhr hl. Amt m. Predigt.

Ev. lutherische Gemeinde (im Pfarramt, Fremersbergstr. 41), Sonntag, d. 1. Februar: 9¹/₂ Gottesdienst; Mittwoch, d. 4. Februar. 15¹/₂ Bibelstunde (Pf. v. Oertzen).

Evang. Gemeinschaft, Lichtentalerstr. 64. Sonntag. 1. 2. 48 abends ¹/₂8 Predigt-Gottesdienst, Pred. K. Theurer.

Christuskapelle (Missionskirche). Sonntag, 1. 2. 1948: 10 Uhr kein Gottesdienst; 19.30 Uhr Predigtgottesdienst, Prediger Theurer im Saale Lichtentaler Str. 64.

Griechisch-rumänische Kapelle-Stourdza. Sonntag Liturgie um 10 Uhr.

Dr. Peter Schmitz, Justizrat, Notar, gest. 20. 1. 48 im 72. Lebensjahr. Die trauernden Hinterbliebenen: Maria Schmitz geb. Leroy, Else Hoellischer geb. Schmitz, B.-Baden, Hermann Hoellischer, vermißt, Bankrat a. D. Jean Schmitz, Weiße Ahe über Plettenburg/Westf. 8-247-S
Merzig, den 20. Januar 1948.

Frau Theresia Liebmann geb. Strobel, † 26. 1. 48, 79 Jahre. Beerdigung hat am 28. 1. 48 stattgef. In tiefer Trauer: Jos. Liebmann; Fam. Jos. Liebmann, jun.; Fam. Otto Wunsch; Fam. Johannes Götzmann; Fam. Ludwig Liebmann; Fam. Albert Liebmann, Selbach/Mgtl., 26. 1. 48. 7-157-S

Wiederholung! Wiederholung!
Märchen-Kasperle spielt noch einmal
am Sonntag, den 1. Februar 1948 in der Aula d. Gymnasiums, Gernsbacher Str., um ¹/₂3 Uhr: Kasperle u. die Wunderlampe, um 4 Uhr: Kasperle in der Teufelsmühle. Kartenverkauf: Sonntag Vormittag ab 10 Uhr im Gymnasium. Diejenigen, die der Überfülle wegen an der 1. Vorstellung nicht teilnehmen konnten, werden gebeten, ihre Karten am Sonntag von 10—11 Uhr umzutauschen, spätere Reklamationen werden nicht angenommen. 10-202-S

Jehovas Zeugen, Gruppe Baden-Baden. Sonntag, 17.30 Uhr in der Mädchenschule, Zähringerstr. Biblische Betrachtung. Thema: „Erstgeburtsrecht der Freiheit".

SPORT-CLUB e. V., Baden-Baden
Sonntag, 1. Februar 1948, 14.30 Uhr, Großkampf auf dem Gutenberg-sportplatz — Pokalspiel
VfL KONSTANZ
Bad. Meister und Pokalsieger 1947. 13.00 Uhr Phönix Durmersheim I— Sport-Club Reserve.

Für die „Wohnstub" des Badischen Roten Kreuz, Lichtentalerstr. 66, B.-Baden suchen wir kräft. energ. Mann, der in B.-Baden oder Umgebung ansässig ist als Nachtportier. Gute Bezahlung u. Verpflegung. Zu melden bitte Remtsma, Küche Rotes Kreuz, Mozartstr. 16-165-S

Franz. Familie sucht ehrl., solides Dienstmädchen bei Wohnung, Kost u. guter Bezahlung. Stadelhoferstr. 9a, Baden-Baden. 12-215-S

Südwestdeutsche Nachrichten-Agentur, B.-Baden, sucht Stenotypistinnen, Korrektoren, Telefonistinnen m. frz. Sprachkenntnissen, Übersetzer, Personal für leichte Putzarbeiten, auch stundenweise. Verpflegung in eigener Popote. Vorzustellen Ludwig-Wilhelm-Platz 4, zw. 16.00 und 18.30 Uhr. 17-146-S

Büroboten stellt ein Oficomex, Hotel Bären, B.-Baden. 14-24-S

Tüchtige Weißzeug- und Wäscherei-Hilfe gesucht. Gute Kenntnisse im Bügeln erforderlich. Kost und Wohnung im Hause. Golf-Hotel Baden-Baden. 7-145-S

Französin sucht diplomierte Kinderschwester, mit etwas franz. Sprachkenntnissen, zu 2 Monate altem Baby. Gute Verpflegung. Keine Schlafgelegenheit. Off. unter 22-47-S an die Gesch. des BT. B.-Baden.

Entlaufen am 21. 1. 48 junger deutscher Schäferhund (6 Monate alt), Rücken schwarz, Bauch braun. Ledernes Halsband. Wiederbringer erhält Belohnung. M. Benzin, Direktion P.T.T.., Bismarckstr., B.-Baden, Telef. 2447 (Wähleramt). 2-298-S

Entlaufen am 18. 1. in Achern Jagdhund mit hellen Zeichen auf dem Rücken. Hört auf den Namen Black. Wiederbringer erhält Belohnung. Mr. Amouroux, b. Heckel, Fautenbach. 1-74-S

Am Samstag, 10. 1. verloren od. liegen geblieben 1 kl. schwarz. Mäppchen m. sämtl. Krankenmarken für 2 Monate (Reisemarken) von Metzgerei Zoller zurück zur Post, Straßenbahn bis Bismarckplatz. Dem ehrl. Finder gute Belohnung. Abzugeb. Fundbüro B.-Baden. 23-158-S

D.-Schirm am 22. 1. nachmittags in der Straßenbahn von Baden-Oos, Leopoldsplatz verloren. Abzugeben geg. Belohnung bei Ludw. Frei, B.-Baden, Weinbergstr. 36. 6-147-S

Blaurote Strickhandschuhe Gernsbacher—Lange Str. verloren. Gegen gute Belohnung abzugeb. B.-Baden, Lange Str. 3, b. Wiesenberg. 23-156-S

Bunter Fausthandschuh verlor. Leopoldsplatz—Kurhaus. Belohn. Dr. Ernst Meyer, B.-Baden, Werderstr. 30. 12-217-S

Am 12. 1. 48 wurde in der Gernsbacher Str., B.-Baden, vom Sturm ein Teppich (Bettvorlage) mitgenommen. Der ehrliche Finder wolle denselben gegen gute Belohnung auf dem Fundbüro abgeben. 22-50-S

Dünnes Kettchen mit rosa Steinen (Andenken) verloren. Gute Belohnung. Bernhardstr. 28, B.-Baden.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg